

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

306

Wien, am 1. Oktober 1931.

Die Wiener Volks- und Hauptschulen im neuen Schuljahr.

Gegenüber dem letzten Schuljahr um 6.591 Hauptschüler mehr, aber um 658 Volksschüler weniger.

Der Stadtschulrat teilt mit: Die Einschreibungen und die Klassenbildung für das neue Schuljahr sind abgeschlossen. Die Zahl der Volksschüler beträgt 88.306, die Zahl der Hauptschüler 51.421. Im Vorjahre waren die Volksschulen von 88.964, die Hauptschulen von 44.830 Schülern besucht. Während demnach die Zahl der Volksschüler vom heurigen Jahr an im Rückgang begriffen ist, zeigt heuer die Zahl der Hauptschüler steigende Tendenz, die auch noch in den folgenden zwei Jahren anhalten wird. Nach zwei Jahren ist ein Sinken der Schülerzahl sowohl an der Volksschule als auch an der Hauptschule zu erwarten. Die Volksschüler wurden in 2.561 Klassen, die Hauptschüler in 1.553 Klassen aufgeteilt. Die Durchschnittschülerzahl einer Klasse beträgt somit an den Volksschulen 34'5 und an den Hauptschulen 33'1 Schüler, während die Durchschnittsfrequenz bei Volks- und Hauptschulen zusammen 34 Schüler beträgt. Bei Einbeziehung der bisher noch nicht berücksichtigten Volksschulen mit tschechischer Unterrichtssprache und der Sonderschulen, wie Hilfsschulen, Taubstummen-, Schwerhörigen- und Sehschwachenschulen, dürfte sich ein Gesamtdurchschnitt von voraussichtlich 33'3 Schülern je Klasse ergeben.

Regelung der Sperrstunde für Nachtlokale in der Inneren Stadt.

Für Gast- und Schanklokalitäten in der Inneren Stadt, die ständig Artisten halten und in der Regel bloss zur Nachtzeit geöffnet sind, ist schon mit Verordnung vom 21. Februar 1928 die Sperrstunde mit 4 Uhr früh festgesetzt worden. Mit einer am 29. September verlautbarten Verordnung ist nunmehr die Gültigkeit dieser Sperrstundenregelung bis auf weiteres erstreckt worden.

Bezirksvertretung Rudolfsheim.

Morgen, Freitag, um 18 Uhr tritt die Bezirksvertretung Rudolfsheim zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Neue Kurse an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, und Landstrasse, Petrusgasse 10, beginnen in nächster Zeit neue Kurse, und zwar ein Kurs für Schnellküche für Berufsfrauen, ein Kurs für billige, moderne Küche, ausserdem Vormittags- und Abendkurse für bürgerliche Küche, Abendkurse für Nähen an beiden Schulen, ein Servierkurs, ein Diätkurs und Koch- und Nähkurse für Hausgehilfinnen. Einschreibungen werden in der Schulleitung, Telefon B 25-4-19, entgegengenommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

307

Wien, am 2. Oktober 1931.

Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien legt den Bericht der städtischen Amtsärzte über den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung im vergangenen Juli vor. Aus dem Bericht ergibt sich, dass im Berichtsmonate 454 Scharlachanzeigen, 301 Anzeigen über Diphtherie, 70 Anzeigen über Varizellen, 32 Bauchtyphusanzeigen, 20 Anzeigen über Paratyphus, 4 Ruhranzeigen und 27 Anzeigen über spinale Kinderlähmung erstattet worden sind; Grippeerkrankungen sind im Juli nicht angezeigt worden.

Gestorben sind im Berichtsmonate in Wien 1879 Menschen, um 25 mehr als im Juli 1930. Als Todesursachen sind in je 349 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane und bösartige Neubildungen, in 227 Fällen Tuberkulose aller Art und in 197 Fällen Krankheiten der Nerven- und Sinnesorgane gemeldet worden. 160 Anzeigen haben als Todesursachen Atemkrankheiten angegeben und 141 Anzeigen Krankheiten der Verdauungsorgane. Nach den Todesfallanzeigen sind im vergangenen Juli 145 Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben.

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 7., 14., 21. und 28. Oktober im Büro des Bezirksvorstehers statt. Die Verhandlungen beginnen um 1/2 11 Uhr vormittags.

Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt.

Morgen, Samstag, um 18 Uhr tritt die Bezirksvertretung Leopoldstadt zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Kurse an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, und Landstrasse, Petrusgasse 10, beginnen in nächster Zeit neue Kurse, und zwar ein Kurs für Schnellküche für Berufsfrauen, ein Kurs für billige, moderne Küche, ausserdem Vormittags- und Abendkurse für bürgerliche Küche, Abendkurse für Nähen an beiden Schulen, ein Servierkurs, ein Diätkurs und Koch- und Nähkurse für Hausgehilfinnen. Einschreibungen werden in der Schulleitung, Telefon B 25-4-19, täglich entgegengenommen.

Mütterschule der Stadt Wien.

Im Rahmen der Mütterschule der Stadt Wien beginnt am 8. Oktober ein Säuglingskurs, der einschliesslich eines Praktikums im Zentralkinderheim der Stadt Wien insgesamt 12 Abende umfassen wird. Der Kurs wird an jedem Montag und Donnerstag in der Zeit von 18 Uhr 30 bis 20 Uhr 30 stattfinden. Anmeldungen in der städtischen Haushaltungsschule, Mariahilf, Brückengasse 3, Telefon B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

308

Wien, am 3. Oktober 1931.

Die Wiener Schlichtungsstellen im ersten Halbjahr des heurigen Jahres.

In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen ist über die Tätigkeit der Wiener Schlichtungsstellen in der Zeit vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 1931 berichtet worden. In der Berichtszeit galt nach der Mietengesetznovelle vom 22. Juni 1929, die bekamtlich eine stufenweise Erhöhung des Mietzinses vorgesehen hatte, für Wien ein Hauptmietzins in der Höhe des zweitausendvierhundertfachen, beziehungsweise bei grösseren Wohnungen in der Höhe des zweitausendsiebenhundertfachen Friedenszinses. Dieser Hauptmietzins kann jedoch, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, durch Vorentscheidungen der Schlichtungsstellen erhöht werden. In den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres sind nun bei den Wiener Schlichtungsstellen 2722 Anträge auf Erhöhung des Hauptmietzinses eingebracht worden, während im ersten Halbjahre des Vorjahres 4.118 solche Anträge eingebracht worden waren. Im ersten Halbjahr des heurigen Jahres haben die Wiener Schlichtungsstellen in 876 Fällen eine Erhöhung des Hauptmietzinses bewilligt, und zwar in 304 Fällen eine Erhöhung vom Zweitausendvierhundertfachen bis zum Dreitausendfachen, in 369 Fällen vom Dreitausendeinfachen bis zum Viertausendfachen, in 101 Fällen vom Viertausendeinfachen bis zum Fünftausendfachen des Friedenszinses und in 102 Fällen eine Erhöhung über das Fünftausendfache des Friedenszinses hinaus. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren in 1.423 Fällen Hauptmietzinserhöhungen bewilligt worden, und zwar 442 vom Zweitausendvierhundertfachen bis zum Dreitausendfachen, 45 vom Dreitausendeinfachen bis zum Viertausendfachen, 174 vom Viertausendeinfachen bis zum Fünftausendfachen des Friedenszinses und 94 über das Fünftausendfache des Friedenszinses hinaus. Durch die von den Schlichtungsstellen bewilligten Mietzinserhöhungen sind insgesamt 13.204 Wohnparteien betroffen worden. 322 Anträge auf Erhöhung des Hauptmietzinses haben die Wiener Schlichtungsstellen im ersten Halbjahr des heurigen Jahres abgewiesen, während in den ersten sechs Monaten des Vorjahres bloss 176 solche Anträge abgewiesen worden waren.

Bei allen Wiener Schlichtungsstellen sind im ersten Halbjahre insgesamt 7351 Anträge eingelaufen. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren 13.772 Anträge eingebracht worden; diese Ziffer kann jedoch nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil darin allein 5.012 Anträge auf Feststellung des Friedenszinses enthalten sind, die nur bis zum 1. Mai 1930 eingebracht werden konnten. Den im ersten Halbjahr des heurigen Jahres eingebrachten 7.351 Anträgen können daher nur 8.760 Anträge gegenübergestellt werden, die in der gleichen Zeit des Vorjahres eingebracht worden waren. Von den erwähnten 7.351 Anträgen waren 2.722 auf Erhöhung des

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 3. Oktober 1931.

Hauptmietzinses gerichtet, 2.016 verlangten eine Ueberprüfung der Beitragskosten, 406 waren Anträge der Mieter auf Vornahme von Erhaltungsarbeiten, 262 betrafen das Entgelt bei Untermieten, 1.963 bezweckten, den Vermieter zur Vorlage der Verrechnungen zu verhalten, und 42 bezogen sich auf andere Streitfälle. Zum Vergleiche seien wieder die ersten sechs Monate des vorigen Jahres herangezogen; in dieser Zeit waren 2.275 Anträge auf Ueberprüfung der Betriebskosten, 255 Anträge auf Vornahme von Erhaltungsarbeiten, 262 Anträge, die das Entgelt bei Untermieten betrafen, 1.780 Anträge, den Vermieter zur Vorlage der Verrechnungen zu verhalten, und 38 sonstige Anträge eingebracht worden. Im ersten Halbjahre des heurigen Jahres sind vor den Wiener Schlichtungsstellen 754 Vergleiche abgeschlossen und 5.876 Vorentscheidungen gefällt worden; in 1.216 Fällen sind die eingebrachten Anträge zurückgezogen oder wegen Unzuständigkeit abgelehnt worden. In den ersten sechs Monaten des Vorjahres waren 1.797 Vergleiche abgeschlossen, 9.620 Vorentscheidungen gefällt und 1.921 Anträge zurückgezogen oder wegen Unzuständigkeit abgelehnt worden. Die Summe der in den ersten sechs Monaten des heurigen Jahres durch die Wiener Schlichtungsstellen bewilligten Instandhaltungskosten beträgt nach dem Berichte 4.746.699 Schilling.

Amtsrat Wiener gestorben.

Heute früh ist der Leiter des Amtsblattes der Stadt Wien, Amtsrat Ludwig Wiener, nach längerer Krankheit einem schweren Leiden erlegen.

Der Verstorbene stand im 62. Lebensjahre. Er hat nahezu ein Vierteljahrhundert im Wiener Rathaus publizistisch in vorbildlicher Weise gewirkt. Wiener begann seine Laufbahn als Mitarbeiter der Rathauskorrespondenz unter dem Bürgermeister Dr. Lueger. Während des Krieges wurde er in den Gemeindedienst übernommen und der Redaktion des Amtsblattes zugeteilt, wo er, seit 1919 als Leiter, mit grossem Fleiss und ausserordentlicher Sachkenntnis überaus verdienstvoll tätig war; erst in den letzten Monaten hielt ihn eine schwere Krankheit von der Arbeit fern.

Amtsrat Wiener gehörte zu jenen Menschen, die voll und ganz in ihrem Beruf aufgehen. Sein lebenswürdiges Wesen und seine stete Hilfsbereitschaft sicherten ihm die Sympathien aller Kreise. Die Gemeindevorwaltung hat durch sein Hinscheiden einen überaus schmerzlichen Verlust erlitten.

Das Leichenbegängnis findet am Dienstag um 3 Uhr nachmittags von der Halle I des Zentralfriedhofes ^{aus} statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 3. Oktober 1931.

Obersenatsrat Ingenieur Eduard Bodenseher.

Am 30. September ist Senatsrat Ingenieur Eduard Bodenseher nach vierzigjähriger Dienstzeit über sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt worden. Mit ihm scheidet aus dem Dienste der Stadt Wien ein Ingenieur von weitreichendem Rufe, der während seiner Tätigkeit im Stadtbauamt sich unter anderem beim Entwurf und Bau der Hauptsammelkanäle und der zweiten Wiener Hochquellenleitung und als Anreger der Ausnützung dieser Leitung zur Stromgewinnung hervorragende Verdienste erworben hat. Im letzten Jahrzehnt war Ingenieur Bodenseher den städtischen Elektrizitätswerken zugewiesen; unter seiner Leitung wurden der Bau der Wasserkraftwerke Opponitz und Gaming und die energiewirtschaftlichen Studien durchgeführt, deren Ergebnis von bleibender, richtunggebender Bedeutung für die zukünftige Stromversorgung Wiens durch Wasserkraftanlagen ist. In Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Stadt Wien wurde ihm der Titel eines Obersenatsrates verliehen.

Jubilare der Ehe.

In der vergangenen Woche feierten die Ehepaare Friedrich und Marie Jedlicka, Wilhelm und Jeanette Neumann, Hubert und Maria Ida Prihoda und Ignatz und Agnes Zach das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Von den Bezirksvertretungen.

Übermorgen, Montag, findet eine Plenarsitzung der Bezirksvertretung Brigittenau statt, die um 19 Uhr beginnt.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 29. Oktober, um 18 Uhr statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

309

Zweite Ausgabe.

Wien, am 3. Oktober 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Stadtsenatsitzung findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt am kommenden Mittwoch um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Diese Gemeinderatsitzung wird sich mit den Ersparungsmassnahmen am Personalaufwand der Gemeinde Wien befassen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

310

Wien, am 5. Oktober 1931.

Strassen- und Kanalbauten in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat auch in seiner letzten Sitzung wieder eine Reihe von Strassenbauten und den Bau eines Hauptunratskanales beschlossen und die erforderlichen Arbeitsaufträge bereits vergeben. In Favoriten ist die Herstellung einiger Strassen im Bereiche der Wohnhausanlage Laxenburgerstrasse-Leebgasse notwendig. Die südlich der Wohnhausanlage führende Strasse soll in der Strecke zwischen Laxenburgerstrasse und Leebgasse als zweilagige Betonstrasse mit einer Fahrbahnbreite von 5 Metern ausgebaut werden; in der Leebgasse wird in der Strecke zwischen der Reichenbachgasse und der südlichen Randstrasse eine Schotterstrasse, die vorläufig 5 Meter breit sein wird, hergestellt. Die Kosten dieser Strassenbauten betragen rund 26.000 Schilling. Der Ausbau der Siedlung Flötzersteig in Hietzing hat eine Steigerung des Verkehrs auf dem Flötzersteig selbst hervorgerufen. Es soll daher eine Teilstrecke des Flötzersteiges, zwischen Spiegelgrundstrasse und Domhardtgasse eine neue, 5 Meter breite, makadamisierte Fahrbahn erhalten; längs der nördlichen Bauflucht wird ein Gehweg angeordnet werden. Für diesen Umbau des Flötzersteiges werden Kosten in der Höhe von 30.000 Schilling aufgewendet. In Ottakring wurden die Hyrtlgasse und die Ganglbauergasse in der Strecke zwischen Koppstrasse und Herbststrasse durch Bauführwerke so stark in Anspruch genommen, dass es zweckmässig ist, die beiden Strassen umzubauen. Während die Fahrbahn der Hyrtlgasse eine Asphaltbetondecke auf Betonunterlage erhalten wird, ist für die Ganglbauergasse eine zweilagige Betonfahrbahn vorgesehen; die Breite der Fahrbahn wird in jeder der beiden Gassen 7,5 Meter betragen. Der notwendige Kostenaufwand für diese Strassenarbeiten beträgt rund 70.000 Schilling. Die Dürwaringgasse in Währing soll in der Strecke von der Herbeckstrasse bis zur Blaschgasse ausgebaut werden und eine 4,8 Meter breite Betonfahrbahn erhalten; hierfür werden 14.000 Schilling Kosten aufgewendet. Schliesslich sind vom Gemeinderatsausschuss auch noch Kanalbauten in der Brigittenau beschlossen worden. Es ist nämlich geplant, in der Dammstrasse zwischen Wallensteinstrasse und Waldmüllergasse einen neuen Wasserleitungsrohrstrang einzubauen, der den bestehenden Strassenkanal kreuzt. Da die alten Ziegelkanäle in der Dammstrasse und anschliessend in der Waldmüllergasse bis zum Sachsenplatz schon sehr schadhaft sind, sollen sie durch Betonkanäle mit Schalen- und Wandplattenverkleidung in einer Länge von insgesamt 213 Metern ersetzt werden. Die Kosten des Kanalumbaus betragen rund 50.000 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

311

Zweite Ausgabe.

Wien, am 5. Oktober 1931.

Die Finanzlage der Gemeinde Wien.

Ein Bericht Stadtrat Breitners im städtischen Finanzausschuss.

Im städtischen Finanzausschuss erstattete heute Stadtrat Breitner einen Bericht über die Finanzlage der Gemeinde Wien. Er führte in diesem Berichte unter anderem aus:

Der Voranschlag des Jahres 1931 war auf einer Ausgabensumme von 550,250.000 Schilling aufgebaut; von dieser Summe muss man die Durchführungsposten in der Gesamthöhe von 61,205.000 Schilling, die bloss Ver^{als}rechnungscharakter tragen, abziehen. Es verbleiben/tatsächliche Ausgaben 489,000.000 Schilling.

Der Gebarungsabgang war mit 48,334.000 Schilling oder rund 10 Prozent veranschlagt. Es wurde von vorneherein in Aussicht genommen, im Jahre 1931 die Kassenbestände aufzuzehren. An und für sich ist dies natürlich nicht wünschenswert und eine außerordentliche Erschwerung der Gebarung, sollte aber dennoch geschehen, um nicht die Investitionen zu verkürzen und die Arbeitslosigkeit zu vermehren oder schon in diesem Zeitpunkt Kürzungen der Personalausgaben herbeizuführen.

Wenn also im Jahre 1931 keine Aenderung der Abgabenteilung eingetreten wäre und die Steuereingänge gar keine Verminderung erfahren hätten, so würde trotzdem das Jahr 1932 zu schweren Drosselungen der ganzen Ausgabenwirtschaft gezwungen haben, weil die Aufzehrung der Kassenbestände nur ein einziges Mal erfolgen konnte.

Nun hat aber das Jahr 1931 für die Gemeinde die schwersten Einbusen gebracht. Die Aenderung der Abgabenteilung bedeutet für Wien auf Grund des Bundespräliminaries für 1931 einen Verlust von 28,870.000 Schilling. Der Betrag von 7,600.000 Schilling wird durch die Novellierung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe hereingebracht. Die Zubilligung von 2.000 Wohnungen aus der Bundesaktion bedeutet infolge der gleich hohen Kürzung des Wohnbauprogrammes der Gemeinde für die Baujahre 1931 und 1932 eine Entlastung um je 15,000.000 Schilling. Diese beiden Posten zusammengenommen machen also 22,600.000 Schilling aus und es ergibt sich demnach eine Verminderung der Einnahmen für 1931 und 1932 aus dem Titel der Abgabenteilung um 6,300.000 Schilling. Im Jahre 1933 wird sich die Lage noch wesentlich verschlechtern, weil die Erleichterung von 15,000.000 Schilling beim Wohnhausbau entfällt.

Daneben aber hat die Wirtschaftskrise die aufzuteilenden Steuereingänge an sich vermindert. Es liegt bereits, da der Bund die Abgabentragsanteile vorschussweise verrechnet, das Bild für die ersten zehn Monate vor. Gegenüber dem bereits entsprechend der neuen Abgabenteilung geänderten Präliminare hätte die Gemeinde, wenn das Bundesbudget für 1931 ohne Verschlechterung geblieben wäre, 90,366.000 Schilling überwiesen erhalten müssen. Die tatsächliche Ueberweisung macht aber bloss 75,116.000 Schilling

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 5. Oktober 1931.

aus. Der Fehlbetrag ist demnach 15,220.000 Schilling. Die Steigerung ist eine scharf ansteigende und man muss nach dem Monat Oktober, dessen Fehlbetrag nicht weniger als 2¼ Millionen Schilling für Wien war, mit einem Minus für das ganze Jahr von 22 Millionen Schilling rechnen.

Selbstverständlich hat die Wirtschaftsnot sich in der gleichen Weise, vielfach noch mit Rücksicht auf die Aufwandsbesteuerung in stärkerer Art, bei den Gemeindeabgaben fühlbar gemacht. Die Rückgänge sind mit rund 12,000.000 Schilling für 1931 zu veranschlagen. Für 1932 wird zweifellos der Rückgang ein noch grösserer sein. Der allgemeine Gehalt- und Lohnabbau, der sich in Oesterreich seit dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt vollzieht, und die daneben herrschende Vermehrung der Arbeitslosigkeit, Verstärkung der Kurzarbeit müssen nicht nur die Fürsorgeabgabe sehr stark beeinträchtigen, sondern auch bei der Lustbarkeitsabgabe, Biersteuer, Hauspersonalabgabe etc. zum Ausdruck kommen. Als kleines Beispiel sei erwähnt, dass eine unzweifelhaft im Zusammenhang mit der Krise der Credit-Anstalt erfolgte Verminderung des Hauspersonals Rothschild für die Gemeinde eine Abgabenverminderung von 200.000 Schilling nach sich zieht.

Die wachsende Verarmung bewirkt auf der einen Seite eine Verringerung der Steuern, auf der anderen eine gesteigerte Inanspruchnahme des Fürsorgeapparates der Gemeinde. Es sind gegenwärtig Zuschusskredite zu den Unterhaltsbeiträgen, Pflegegeldern, Aushilfen, unentgeltlichen Arzneien und Beiträgen des Landes Wien zu den Notstands-aushilfen und Altersrenten im Lauf, die zusammen 5,800.000 Schilling ausmachen.

Es ergibt sich demnach zusammengefasst für 1931 ein Fehlbetrag von insgesamt 94,434.000 Schilling. Zunächst bestand die Aufgabe, den Fehlbetrag unter gar keiner Bedingung über die Höhe des realisierbaren Kassenbestandes wachsen zu lassen, da sonst angesichts der bei der heutigen Lage des Finanzmarktes gegebenen Unmöglichkeit der Erlangung einer Anleihe die denkbar schwersten Störungen völlig unvermeidbar gewesen wären. Es mussten deshalb in den einzelnen Gruppen Ausgaben-sperren verfügt werden.

Die bisherigen Sparmassnahmen verteilten sich auf die einzelnen Gruppen im Sinne der Gliederung des Budgets in der folgenden Weise:

Gruppe I (Aufwandsgebühren und Remunerationen).....	1,741.000	Schilling
Gruppe II (Empfänge, Subventionen).....	270.000	"
Gruppe III	5,514.000	"
Gruppe IV	33.000	"
Gruppe V	19,110.000	"
Gruppe VI	5,662.000	"
Gruppe VII	3,131.000	"
Summe	35,461.000	Schilling

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 5. Oktober 1931.

Dazu kommt jetzt noch die Auswirkung der Kürzung der Personalbezüge allgemeiner Natur. Es bleibt aber auch dann noch ein über den Kassabestand hinausgehender Fehlbetrag und es mussten deshalb in den letzten Tagen alle Dienststellen neuerlich angewiesen werden, weitere Sparverfügungen zu treffen.

Die Sparmassnahmen der Gruppe III (Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung) schliessen unter anderem die Stilllegung der Erziehungsanstalten Meidling, Döbling, Weinzierl, der Erholungsstätten Kreuzwiese, des Notspitals Meidling, der Kinderpflegeanstalt Sulzbach-Ischl in sich. Es wurden der geplante Bau von Kindergärten mit einem Aufwand von 300.000 Schilling, weiters eine Tuberkulosefürsorgestelle - Aufwand 50.000 Schilling,

Spielplätze - Aufwand 105.000 Schilling, und drei Schulzahnkliniken - Aufwand 75.000 Schilling gestrichen. Trotzdem wird die Gruppe infolge der notwendigen Zuschusskredite in der Gesamtheit ein Mehrerfordernis aufweisen.

In der Gruppe V (technische Angelegenheiten) wurden bei der Wasserleitung Kürzungen um 6.100.000 Schilling, beim Strassenbau Kürzungen um 7.544.000 Schilling und beim Kanalbau Kürzungen um 2.300.000 Schilling vorgenommen. Die geplante Errichtung von zwei Kinderfreibädern ist unterbleiben.

In der Gruppe VI (Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten) ist unter anderem der Aufwand für die bauliche Umgestaltung der Grossmarkthalle von 2.000.000 Schilling auf 500.000 Schilling vermindert worden. Der geplante Schulbau in Hietzing (erste Bauphase 500.000 Schilling) musste unterbleiben.

Bei der Gruppe VII (allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) ist die Verringerung des Standes der Gemeindefeuerwehr von ausschlaggebender Bedeutung und drückt sich in einem Ersparnis von 1.850.000 Schilling gegenüber dem Voranschlag aus.

Für das Budgetjahr 1932 ergibt sich, da keine Kassenbestände mehr zur Aufzehrung zur Verfügung stehen, die Notwendigkeit der Herstellung des vollkommenen Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben. Es bedeutet dies in runder Summe den Zwang zu einer Herabsetzung der Ausgaben um 94.000.000 Schilling, das sind 19,3 Prozent des Budgetansatzes vom Jahre 1931.

Die Verhältnisse sind bei der Gemeinde unvergleichlich schwieriger als beim Bund. Durch neue Steuermassnahmen holt sich der Bund von den etwa 300.000.000 Schilling, die er kürzen muss, 93.000.000 Schilling, 80.000.000 Schilling oder etwa 27 Prozent beim Personal und nur den Rest beim Sachaufwand.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 5. Oktober 1931.

Die allgemeinen Verfügungen der Gemeinde in Bezug auf das Personal werden einen weitaus geringeren Prozentsatz des zu deckenden Fehlbetrages darstellen. Daraus ergibt sich die Nötigung, beim Sachaufwand ganz ausserordentlich tief einschneidende Abstriche zu machen. Die Budgetberatung ist im Gange und es können daher vorläufig nur Stichproben zur Charakteristik gegeben werden. Es wird beispielsweise die Gemeindegewache mit einem Stande von nur 200 Mann präliminiert und die ganze Budgetpost für Empfänger gestrichen worden; dazu kommt der Wegfall aller Investitionen mit Ausnahme des Wohnbaues, über dessen Ausmass erst nach Beendigung der ganzen Budgetaufstellung ein Ueberblick gewonnen werden kann.

Dann führte Stadtrat Breitner beispielsweise ^(Einzelheiten) aus den bisher beratenen Gruppen des Voranschlags für 1932 an, aus denen die tief einschneidende Wirkung der notwendigen Ersparungsmassnahmen entnommen werden kann. So wird der Voranschlag für 1932 beim Wasserversorgungsbetrieb für Erhaltungsarbeiten 1,311.000 Schilling, für Ausgestaltungsarbeiten 2,066.000 Schilling vorgesehen, während die tatsächlichen Ausgaben im Jahre 1930 für Erhaltungsarbeiten 2,499.000 Schilling und für Ausgestaltungsarbeiten 3,360.000 Schilling betragen haben. Im Jahre 1930 wurden für Strassenbau 17,000.000 Schilling aufgewendet, während der Voranschlag für 1932 nur 6,000.000 Schilling vorgesehen wird. Aehnlich sind die Verhältnisse bei der Kanalisation. Im Jahre 1930 wurde für die Erhaltung der Kanäle 2,257.000 Schilling und für den Bau neuer Kanäle 1,279.000 Schilling verwendet; der Voranschlag für 1932 wird für die Erhaltung der Kanäle bloss 1,400.000 Schilling und für den Bau neuer Kanäle bloss 600.000 Schilling vorgesehen.

Zu diesen Ausführungen ergriff Stadtrat Kunschak das Wort und verwies darauf, dass die Massnahmen, wenn sie auch erfolgen müssten, doch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sehr zu bedauern seien. Es würde dadurch nur die Arbeitslosigkeit insbesondere im Baugewerbe gesteigert und so schon der Keim zu neuen Steuerrückgängen gelegt. Sehr schmerzlich seien auch die Massnahmen, die die Gemeinde auf dem Gebiete des Fürsorgewesens verfüge. Es sollte aber bei diesem Anlass nicht auch die private Fürsorge, die schon seit Jahren sich in schwerster Not befinde, in ihrer Existenz noch weiter dadurch gefährdet werden, dass zum Teil sehr weitgehende Kürzungen der Verpflegskosten vorgenommen werden, zum anderen Teil eine Abziehung der Insassen der Heime erfolge und dadurch die Betriebsmöglichkeiten eine verhängnisvolle Einschränkung erfahren.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

312

KARL HONAY

III. Ausgabe

Wien, am 5. Oktober 1931.

Entlastung des Personalbudgets der Gemeinde Wien.

Der Abschluss zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Personal vollzogen.

Wir vor kurzem mitgeteilt wurde, hat die Gemeindeverwaltung mit grossen Gruppen des Personals Verhandlungen zur Entlastung des Personalaufwandes bereits abgeschlossen. Nun ist bis auf eine kleine Gruppe auch mit den restlichen Gruppen der Gemeindeangestellten der Abschluss der Verhandlungen vollzogen worden. Heute haben sich bereits die Personalkommission für die Angestellten der Hoheitsverwaltung, die Personalkommission für die Unternehmungsangestellten und die Gemeinderatsausschüsse für Personalangelegenheiten und für die städtischen Unternehmungen mit den Vorlagen befasst, die morgen den Stadtsenat und am Mittwoch den Gemeinderat beschäftigen werden. Nach dem Inhalt dieser Vorlagen werden allen Gemeindeangestellten und Pensionisten, die das 13. und 14. Monatsgehalt beziehen, diese beiden Monatsbezüge in Hinkunft, und zwar vom Dezember dieses Jahres angefangen, mit einer Verminderung um je 25 Prozent ausbezahlt werden. Ausserdem werden die Pensionsbeiträge bei den Hoheitsangestellten, bei den Unternehmungsangestellten und bei den nach Kollektivvertrag entlehnten Angestellten, die Mitglieder der Pensionskasse sind, um 3 Prozent erhöht. Bei den Pensionisten aller dieser Gruppen werden die monatlichen Pensionsbezüge um drei Prozent vermindert. Bei jenen Pensionisten, die weniger als 170 Schilling Monatsbezug haben, tritt eine solche Verminderung dann nicht ein, wenn sie eine zweite Person zu versorgen haben; dasselbe gilt für elternlose Waisen. Die aktiven Angestellten des Magistrates werden von der Verminderung des 13. und 14. Monatsgehaltes ausgenommen, wenn sie ein Monatsgehalt unter 200 Schilling haben. Bei den Arbeitern, die unter Kollektivverträgen stehen, ist diese Grenze nicht vorgeschrieben, weil Einkommen unter 200 Schilling monatlich bei ihnen selten sind. Die Erhöhung der Pensionsbeiträge und die Verminderung der Pensionen tritt am 1. Oktober, bei den Pensionisten der Pensionskasse, die keinen 13. und 14. Monatsbezug haben, jedoch erst am 1. November in Kraft. Durch diesen einvernehmlichen Abschluss zwischen der Wiener Gemeindeverwaltung und den Angestellten hat die Gemeinde Wien die in dem am 3. Oktober vom Nationalrat beschlossenen Budgetsanierungsgesetz enthaltene Voraussetzung, dass bis zum 1. November eine Kürzung der Bezüge der Gemeindeangestellten vorgenommen werde, erfüllt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

313

Wien, am 6. Oktober 1931

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Wiener Gemeinderat eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt in der vorigen Woche seine 48. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 767 Parteien in 94 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 4.133 Schilling genehmigt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 27.569 Parteien in 3.043 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 137.079 Schilling bewilligt. Von diesen Mietzinszuschüssen entfallen Monatsbeiträge in der Höhe von 14.108 Schilling auf die Zeit vom 1. August 1929 bis 31. Dezember 1929, Monatsbeiträge in der Höhe von 66.964 Schilling auf die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1930 und Monatsbeiträge in der Höhe von 56.006 Schilling auf die Zeit vom 1. Jänner bis 1. Oktober 1931.

Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien.

Morgen, Mittwoch, tritt um 17 Uhr der Gemeinderat der Stadt Wien zu einer Sitzung zusammen. Wie schon berichtet, wird sich diese Gemeinderatssitzung mit den Ersparungsmassnahmen am Personalaufwand der Gemeinden befassen.

Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Meidling.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Meidling finden am 16. und 30. Oktober statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt.

Morgen, Mittwoch, um 19 Uhr tritt die Bezirksvertretung Innere Stadt zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

Mütterschule der Stadt Wien.

Im Rahmen der Mütterschule der Stadt Wien beginnt am 8. Oktober ein Säuglingskurs, der einschliesslich eines Praktikums im Zentralkinderheim der Stadt Wien insgesamt 12 Abende umfassen wird. Der Kurs wird an jedem Montag und Donnerstag in der Zeit von 18 Uhr 30 bis 20 Uhr 30 stattfinden. Anmeldungen in der städtischen Haushaltungsschule, Mariahilf, Brückengasse 3, Telefon B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

314

Wien, am 7. Oktober 1931.

Empfang ausländischer Reisebürobeamter im Rathaus.

Die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich hat nun zum vierten Male Schalterbeamte internationaler Reisebüros des Auslandes zu einer Studienreise nach Wien eingeladen. Gegenwärtig befinden sich 85 Reisebürobeamte aus 14 europäischen Ländern und 3 Beamte aus Amerika in Wien, um hier aus eigener Anschauung die Stadt und ihre Sehenswürdigkeiten kennenzulernen.

Die ausländischen Gäste wurden heute mittags im Rathaus in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling empfangen. Nachdem Hofrat Dr. Ziegler von der Fremdenverkehrskommission über das Programm der Studienreisen berichtet hatte, begrüßte Vizebürgermeister Emmerling im Namen der Wiener Gemeindeverwaltung die Gäste. In seiner Begrüßungsansprache verwies er auf die Bedeutung der Tätigkeit der Reisebürobeamten für den internationalen Reiseverkehr, der dazu mithelfe, die Grenzen, die die Völker scheiden, zu überwinden. "Wien ist eine Grosstadt," sagte Vizebürgermeister Emmerling am Schluss seiner Begrüßungsansprache, "die vielleicht als einzige unter den Grosstädten der Welt es verstanden hat, ihren Charakter zu wahren, die alten Kulturgüter zu erhalten und zu pflegen und sie glücklich mit dem Neuen, das in den Jahren der Aufbauarbeit nach dem Weltkrieg geschaffen wurde, zu vermählen."

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

315

II. Ausgabe

Wien, am 7. Oktober 1931.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 7. Oktober 1931.

Bürgermeister Soitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Ueber die Massnahmen zur Entlastung des Personalaufwandes der Gemeinde Wien berichtet amtsführende Stadtrat Speiser. Er führt aus:

Unter dem unerbittlichen Zwange der gegenwärtigen Lage hat die Gemeindeverwaltung mit verschiedenen Gruppen ihrer Angestellten und Arbeiter Verhandlungen über die Herabsetzung des Personalaufwandes geführt. Für alle ihrer Zahl nach ins Gewicht fallenden Gruppen von Angestellten und Arbeitern sind die Verhandlungen abgeschlossen. Die Angestelltengruppen, für die die Abschlüsse noch nicht erfolgt sind, machen unter den etwa 71.000 Angestellten, Arbeitern und Pensionisten einen verschwindend kleinen Teil aus. Mit den restlichen Gruppen werden die Verhandlungen weitergeführt. Die Vorlagen, die ich heute vor dem Gemeinderat zu vertreten habe, betreffen die zum Abschluss gebrachten Verhandlungen. Es fällt mir sehr schwer, Massnahmen zu beantragen, die eine Verminderung der Gehalts-, Lohn- und Pensionsbezüge der städtischen Angestellten und Arbeiter herbeiführen. Wer aber den Bericht gelesen hat, den der amtsführende Stadtrat für Finanzen vorgestern im Finanzausschuss des Gemeinderates über die Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise auf die Finanzlage der Gemeinde und deren Unternehmungen erstattet hat, der wird anerkennen, dass die Gemeinde Wien unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes tun kann, als auch auf dem Gebiete der Personalausgaben Ersparungen durchzuführen. Die würgende Wirtschaftsnot hat ein bedeutendes Absinken der Steuereinnahmen verursacht. Die ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit vermehrt die Fürsorgelasten. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wird so in entscheidender Weise gestört. Die Gemeindeverwaltung hat in Voraussicht dieser katastrophalen Entwicklung der Wirtschaftslage bereits vor Monaten einschneidende Massnahmen verfügt und alle nur irgendwie vermeidbare Ausgaben eingestellt. Diese Massnahmen mussten aber ihre natürliche Grenze in dem Bestreben finden, die ungeheure Arbeitslosigkeit nicht noch mehr zu steigern und zwingende Betriebsnotwendigkeiten nicht ausser acht zu lassen. Die Entlastung des Personalaufwandes, die durch die vorliegenden Anträge herbeigeführt wird, wird Beiträge frei machen, die nicht zur Auffüllung der Kassenbestände oder zur Abdeckung von Verpflichtungen verwendet werden sollen. Die Ersparungen im Personalaufwand sollen dazu beitragen, der Gemeinde zu ermöglichen, trotz dem ungeheuren Sinken der Einnahmen eine Einschränkung ihrer Fürsorgemassnahmen für die ärmsten Opfer der Wirtschaftsnot im heurigen Winter zu vermeiden. Diese Fürsorgemassnahmen werden ja, wenn es nur irgend möglich ist, gesteigert werden müssen. Die Gemeinde Wien wird ferner im Stande sein, in der Hoheitsverwaltung und bei den städtischen Unternehmungen Arbeit

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 7. Oktober 1931.

zu vergeben, die sie sonst hätte einstellen müssen. So handelt es sich bei diesen Ersparungen nicht um eine Einschränkung des Konsums, weil die ersparten Gelder Fürsorgebedürftigen oder von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zufließen und wieder in den Konsum gelangen.

Die Gemeindeverwaltung hat alle Lohnabschlüsse im Einvernehmen mit den Vertretern der Angestellten- und Arbeiterschaft vorgenommen. Ich fühle mich verpflichtet, an dieser Stelle mit Genugtuung hervorzuheben, dass die Angestellten- und Arbeiterschaft dem Appell, den der Bürgermeister in seinem Schreiben vom 1. August an sie gerichtet hat, Folge geleistet und sie ebensowohl aus Gründen sozialer Solidarität als auch in der wichtigen Erkenntnis, dass nur ein gesicherter Gemeindehaushalt auch ihre eigene Existenz am besten gewährleistet, ihre Zustimmung zu einem Notopfer gegeben hat. Trotzdem kann ich es nicht unterlassen, in dieser ernsten Stunde alle Angestellten und Arbeiter der Gemeinde aufzurufen, dass sie an der Bewältigung der ungeheuren Schwierigkeiten, in denen sich die Gemeinde jetzt befindet, auch weiterhin mit allen ihren Kräften mitwirken. Wenn sich die Gemeinde dazu verstehen konnte, ihren Angestellten und Arbeitern in dieser schweren Zeit ein geringeres Notopfer zuzumuten, als es andere öffentliche Körperschaften getan haben, so konnte dies nur aus einem Grunde geschehen. Bei allen Verhandlungen haben die Vertreter des Personals selbst auf vielerlei Ersparungsmöglichkeiten hingewiesen. Diese Anregungen und Vorschläge werden in der allernächsten Zeit auf das genaueste überprüft und gemeinsam mit den Ersparungsvorschlägen der Verwaltung, der Direktionen und Betriebsleitungen in Beratung gezogen werden. Die baldige Durchführung solcher Ersparungsvorschläge wird sowohl der Hoheitsverwaltung als auch den Unternehmungen und Betrieben neuerliche Erleichterungen bringen können. An jeden Angestellten und einzelnen/Arbeiter ergeht die Aufforderung, in seinem eigenen kleinen Kreise jede mögliche Ersparung durchzuführen und Anregungen zu Arbeitsvereinfachungen zu geben. Ueberstunden, wo sie nicht unbedingt notwendig sind, zu vermeiden, ist ein von der Verwaltung und den Organisationen seit langem schon angestrebtes Ziel. Auf diesem Gebiet ist schon vieles geschehen, die Vermeidung unnötiger Ueberstunden muss aber als weitere Sparmöglichkeit durchgeführt werden. Selbstverständlich ist es wohl, dass in diesen harten und schweren Zeiten die Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien ein besonderes Interesse daran haben, der unter so schweren Wirtschaftsnöten leidenden Bevölkerung der Stadt in jeder Hinsicht Entgegenkommen zu beweisen. Der Geschäftsmann, dem die Zahlung seiner Steuern jetzt so grosse Sorgen bereitet, der Mitbürger, der in einem städtischen Amt Rat und Hilfe sucht, der Kunde der städtischen Unternehmungen, sie sollen besonders in der heutigen Zeit das Gefühl haben, dass die städtischen Angestellten und Bediensteten nicht nur im Dienste ihr Bestes leisten, sondern dass sie auch jedem Mitbürger nicht als Amtspersonen sondern als hilfsbereite Menschen gegenüber treten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 7. Oktober 1931.

Stadtrat Speiser berichtet sodann über die einzelnen Vorlagen und bemerkt zum Schlusse; dass die Gemeindeverwaltung eine Befristung der Bezugskürzungen vermieden habe. Ich stehe aber nicht an, von dieser Stelle aus zu erklären, dass die Gemeindeverwaltung die erfolgten Bezugskürzungen bei einer Besserung der Wirtschaftslage gerne ausser Kraft setzen wird.

GR. Gschlacht (E.L.) bemerkt, es handle sich hier um tiefeinschneidende Massnahmen, durch welche die Konsumkraft eines sehr grossen Teiles der konsumierenden Bevölkerung empfindlich geschwächt wird. Auch diese Massnahmen sind ein Einbekenntnis, dass die von uns so oft als verfohlt und verhängnisvoll bezeichnete Finanzpolitik des Wiener Rathauses Schissbruch gelitten hat. Wenn die Vertreter der Angestellten für die Sparmassnahmen ein gewisses Verständnis gezeigt haben, so höchstens vom Standpunkt der Gerechtigkeit und Solidarität aller Bevölkerungsschichten. Die uns nahestehenden Organisationen haben ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zu Opfern gegenüber der Allgemeinheit betont, freilich unter der einen Voraussetzung, dass die Gemeindeverwaltung in der Lage ist, die absolute Notwendigkeit solcher Massnahmen aus der budgetären Lage zu begründen, woran aber sehr starke Zweifel bestehen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die Regulierung der Bezüge in Form der Schaffung eines sogenannten 13. und 14. Monatsgehaltes zu ungunsten der öffentlich Angestellten getroffen worden ist, weil dadurch der Anschein erweckt wird, als ob die städtischen Angestellten weit mehr hätten als andere Angestellte, was gar nicht der Fall ist. In Wirklichkeit ist dieser 13. und 14. Monatsgehalt daraus zu erklären, dass eine beim Bund seinerzeit getroffene Regulierung nachträglich und zwar sehr unvollkommen auf die Gemeindeangestellten ausgedehnt wurde. Diese Sonderzulagen werden nun leider linear gekürzt, wobei nur auf die Mindestbezügler Rücksicht genommen wurde, während sonst soziale Momente überhaupt nicht berücksichtigt worden sind. Nicht weniger als 71.000 Lohnempfänger werden zu Weihnachten und im Sommer um ein Viertel ihrer Bezüge gekürzt, was sich beim Weihnachtsgeschäft und auch im Sommer sehr fühlbar machen wird. Es muss hier auch öffentlich festgestellt werden, dass die städtischen Lohnempfänger ohne Ausnahme schon seit Jahren eine ungeheure Mehrbelastung auf sich genommen haben. Das kann man erkennen aus der ungeheuren Vermehrung der Agenden in allen Zweigen der städtischen Verwaltung gegenüber einem vollkommenen Sperre aller Aufnahmen. Diese Mehrleistungen hätten eine öffentliche Anerkennung verdient. Da dies bisher von der Mehrheit und von offizieller Seite versäumt wurde, soll von unserer Seite hier allen Angestellten und Bediensteten der feierliche Dank für die klaglose Bewältigung ihres Dienstes ausgesprochen werden. Es ist bekannt, dass die Bezüge der meisten Gemeindeangestellten noch lange nicht valorisiert sind und dass die städtischen Angestellten und Bediensteten arg verschuldet sind. Umso verhängnisvoller sind diese Massnahmen, die linear verfügt wurden. Ein schmerzlicher

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 7. Oktober 1931.

Schnitt ist auch die Erhöhung der Pensionsbeiträge um einheitlich drei Prozent. Vielleicht ist diese Massnahme noch am ehesten zu vertreten, weil sie einer sozialen Einrichtung Rechnung trägt und versicherungstechnisch gerechtfertigt ist. Aber die Zeiten sind nun vorbei, da der Finanzreferent der Gemeinde Wien in grossen Versammlungen den öffentlichen Bediensteten gesagt hat, sie hätten nur die Aufgabe zu fordern, um die Bedeckung brauchen sie sich nicht zu kümmern. Die Zeiten sind vorbei, wo soziale Abgaben bei der Gemeinde vom Dienstgeber übernommen wurden. Unter dem christlich-sozialen Regime war das eine Selbstverständlichkeit. Am bedauerlichsten ist die Behandlung der Pensionisten. Es wird ihnen ein Rücklass von drei Prozent auferlegt, wobei kein Mensch weiss, was das eigentlich ist, ein Rücklass. Es ist einfach eine Kürzung. Zweifellos liegt darin aber eine grosse Härte für die Pensionisten, für die schon im Jahre 1925 eine sehr harte Ausnahme gemacht wurde, indem man sie von der in der Dienstordnung verankerten Automatik ausgenommen hat. Die Vorlagen bedeuten einen neuerlichen Rücklass. Sehr hart ist es auch, dass die Massnahmen nicht als Notstandsmassnahmen charakterisiert werden, sondern den Charakter dauernder Abbaumassnahmen tragen. Eine weitere Härte ist es, dass sich die Kürzungsmassnahmen durch die automatisch eintretende Verringerung der Beiträge auf die Krankenfürsorge der Gemeinde Wien auswirken. Es wurde in den Ausschussberatungen auf die staatspolitische Haltung der Sozialdemokraten anlässlich der Verabschiedung des Budgetsanierungsgesetzes hingewiesen. Die Tatsache will ich zugeben, aber es ist nur eine politische Höflichkeit, wenn man nach den Motiven dieser Stellungnahme der Sozialdemokraten nicht fragt. Wir haben hier im Hause eine ganz andere Stellung als die Minderheit im Nationalrat. Von einer Heranziehung der Minderheit hier zu meritorischen Beratungen und Verhandlungen über diese Materie war keine Rede. Man hat auch den alten Weg gewählt, nur mit gewissen Gewerkschaften zu verhandeln. Im Nationalrate ist es anders. Dort wird mit allen Organisationen verhandelt. Wenn auch diesmal mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit und die politischen Verhandlungen davon Abstand genommen wurde, so war doch die Gesamtvertretung der öffentlichen Angestellten in der Lage, mit den Parteien des Nationalrates Fühlung zu nehmen. Hier soll die pikante Tatsache festgestellt werden, dass die Gesamtvertretung bei den letzten Beratungen im Parlament zwar in die Lage gekommen ist, vom Klubpräsidium der christlichsozialen Partei empfangen zu werden, dass aber die sozialdemokratische Fraktion für die Gesamtvertretung zwei Tage überhaupt nicht erreichbar war und dass es bis zum Schluss unmöglich war, mit offiziellen Persönlichkeiten des sozialdemokratischen Klubs in Verhandlung zu treten. Schon dieser formale Gesichtspunkt rechtfertigt unsere Stellungnahme gegen die Vorlage. Aber auch sachlich kann man von uns nicht erwarten, dass wir ihnen zustimmen. Wir haben schon unzählige Male vor den unausbleib-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 7. Oktober 1931.

lichen vorhängnisvollen Auswirkungen Ihrer Finanzpolitik auf die Gesamtwirtschaft gowarnt. An den traurigen Erscheinungen des Wirtschaftslebens ist diese Ihre doktrinäre eigensinnige sozialistische und vielfach beschowistische Finanzpolitik nicht zum geringsten Teile schuld. Unsere Haltung gegenüber diesen Vorlagen kann daher nur sein, dass Sie allein die Verantwortung zu tragen haben. Unsere Zustimmung dazu können Sie nicht haben. (Lobhafter Beifall bei der Minderheit).

Nun nimmt GR. Pfeiffer zur Vorlage Stellung. Er verweist einleitend auf das Wesen des öffentlichen Angestellten, auf das Dienstverhältnis der öffentlichen Angestellten, wobei er betont, dass derartige Belastungen, wie sie jetzt den öffentlichen Angestellten aufgebürdet werden, jedem Menschen bedenklich erscheinen müssen, der anerkennt, was die öffentlichen Angestellten für die öffentliche Moral bedeuten. Mit Recht steht die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, dass die Kollektivverträge eine heilige Sache sind. Das gleiche aber hat auch für die Verträge zu gelten, die in Form von Dekreten mit den öffentlichen Angestellten abgeschlossen worden sind. Dass dies leider nicht der Fall ist und die öffentlichen Angestellten immer in erster Linie bei Ersparungsmaßnahmen herangezogen werden, hat seinen Grund darin, dass die Belastung der öffentlichen Angestellten das allerbequemste ist. Das gleiche gilt auch für die Pensionisten, die seit dem Umsturz schwer zu leiden haben. Die Verhandlungen, die die Gemeindeverwaltung mit ihren Angestellten geführt hat, haben wieder gezeigt, dass die sozialdemokratische Partei überall dort, wo sie in der Minderheit ist, für die Demokratie ist, aber wo sie die Mehrheit ist, einfach diktiert. Die Vertreter der Minderheit wurden auch bei den letzten Verhandlungen, die die Gemeinde mit ihren Angestellten geführt hat, nicht gehört. Wenn Sie sich immer darauf berufen, dass die Mehrheit der städtischen Angestellten in Ihrem Lager steht, dann machen Sie einmal Urwahlen und Sie werden darüber ein klares Bild erhalten. So steht fast die Hälfte des Fahrpersonales der Strassenbahner hinter der dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisation. Diese Strassenbahner überreichten dem Herrn Bürgermeister eine Resolution, worauf die Antwort erfolgte, die Resolution werde der zuständigen Stelle übergeben. Von der Resolution hat man natürlich nichts mehr gehört. Die Belastung die nunmehr den städtischen Angestellten aufgebürdet wird, ist keinesfalls geringfügig. Bei einem Monatseinkommen von 300 Schilling ohne Nebengebühren macht sie 9 1/4 Prozent aus, bei einem Monatseinkommen von 300 Schilling mit Nebengebühren ungefähr 15 Prozent, durchschnittlich also 12 Prozent, die sich aus den verschiedenen Abzügen und den verschiedenen Steuern an Abzug ergeben. Bei einem Monatseinkommen von 600 Schilling macht die durchschnittliche Kürzung 1 1/2 Prozent aus. Derartig hohe Kürzungen werden hier vom Gemeinderat ohne Aufregung beschlossen; was gäbe es aber für eine Aufruhr, wenn zum Beispiel die Alpine

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 7. Oktober 1931.

Montangesellschaft solche Lohnkürzungen vornehmen wollte. Die öffentlichen Angestellten zwecks Sanierung des Budgets einfach zu belasten, das ist keine Kunst. Mit derartigen Massnahmen wird man auf die Dauer kein Budget in Ordnung bringen. (Beifall).

Stadtrat Speiser

In seinem Schlusswort erwidert der Referent, dass es unrichtig sei, wenn behauptet werde, dass die Zwangsbestimmung im Budgetsanierungsgesetz für die Länder und Gemeinden der Gemeinde Wien gerade recht gekommen wäre. Der Herr Bürgermeister hat schon am 1. August ein Schreiben an die Organisationen gerichtet und ebenso ist Tatsache, dass die Abschlüsse mit den Organisationen schon vor Inkrafttreten der erwähnten Zwangsbestimmung für die Länder und Gemeinden getätigt worden sind. Wenn GR. Gschladt heute das Wort zitiert hat, die Angestellten hätten nur zu fordern, und für die Bedeckung haben andere zu sorgen, so kann der Finanzreferent für sich wohl in Anspruch nehmen, dass er durch eine ganze Reihe von Jahren die Bedeckung dafür, was die Angestellten nicht nur gefordert, sondern auch bekommen haben, herbeigeschafft hat (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). GR. Gschladt macht auch dafür, dass die Gehaltskürzungen verfügt werden müssen, die Finanzpolitik der Gemeinde verantwortlich. Würde man alle die vom Gemeinderat Gschladt so sehr kritisierten Gemeindesteuern streichen, dann würde man den städtischen Angestellten noch viel weniger geben können (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). - GR. Dr. Dostal (E.L.): Aus den Wohnhäusern allein können Sie die städtischen Angestellten bezahlen! - Lebhaftes Zwischenruf bei der Mehrheit. - GR. Eisinger (soz. dem.) Sie sind immer nur für die Hausherren, nicht für die Mieter. - GR. Dr. Dostal: Die Gemeinde hat nicht zu bauen! - Stürmische Entrüstungsrufe bei der Mehrheit und Rufe: Sie haben sich da entpuppt! Das ist das christlichsoziale Programm! Das Urteil über die Steuer- und Finanzpolitik der Gemeinde kann man mit Ruhe den städtischen Angestellten und der gesamten Bevölkerung liens überlassen. Gegenüber den Ausführungen des GR. Pfeiffer, dass die Kollektivvertragsangestellten von den Sozialdemokraten anders im Nationalrat behandelt worden seien als die pragmatischen Angestellten, erklärt Stadtrat Speiser, dass die sozialdemokratische Partei, als sie endlich im Nationalrat zu den Verhandlungen zugelassen wurde, die Interessen der Angestellten aller Art vertreten hat und die Angestellten aller Kategorien werden wohl die Überzeugung haben, dass ihre Interessen von den Sozialdemokraten im Nationalrat wirklich verteidigt worden sind. St. R. Speiser gegenüber der Bemerkung des GR. Pfeiffer dass die städtischen Angestellten durch die Steuer und Kürzungsmassnahmen ebenso hoch belastet würden, wie die Bundesangestellten, dass die Kürzungen bei den städtischen Angestellten 6'27 Prozent, bei den Bundesangestellten aber 8'6, ja 10'6 Prozent ausmachen. St. R. Speiser gibt schliesslich die Versicherung, dass die Gemeinde die Kürzungsmassnahmen nur unter dem Zwang der harten Not verfüge. Es ist nur erfreulich, dass

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VII. Blatt

Wien, am 7. Oktober 1931.

die Angestellten und Arbeiter der Gemeinde selbst eingesehen haben, es könne nicht anders sein und deshalb zu Vereinbarungen mit der Gemeinde gekommen sind. Wir wünschen nur, dass sich die Verhältnisse bald bessern mögen und dass wir dann die Gelegenheit haben, auch unseren öffentlichen Angestellten auch wieder mehr zu bieten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Referentenanträge werden angenommen.

St.R. Speiser referiert sodann über den Antrag, dass von den der Bemessung der Ruhe- und Versorgungsbezüge zugrundezulegenden Funktionsbezügen des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister, der Stadträte und der Bezirksvorsteher am 1. Oktober 1931 ein Pensionsbeitrag im Ausmasse des jeweils höchsten Hundertsatzes, der in der allgemeinen Dienstordnung für die Angestellten des Magistrates vorgeschrieben ist, in Abzug zu bringen ist. St.R. Speiser führt hierzu aus: Die Bezüge des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte richten sich bekanntlich nach den für die Bundesminister und Staatssekretären festgesetzten Bezügen. Sie haben daher durch die Bundesgesetze vom 16. Juli 1931 und 3. Oktober 1931 eine Kürzung erfahren, und zwar durch das erstere Gesetz eine Kürzung im Ausmasse der Besoldungssteuer, das ist 4 Prozent, durch das letztere Gesetz eine Kürzung infolge Wegfalls der Sonderzulage (4,6 Prozent) und die 6prozentige Gehaltskürzung. Ueber ^{dieses} durch die Konformität mit den obersten Organen des Bundes sich ergebende Kürzungsausmass hinaus wollen aber der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte mit Rücksicht auf die ihnen gewährleistete Pensionsberechtigung auch einen Pensionsbeitrag leisten. Dieser Beitrag soll im jeweiligen Höchstausmass des Pensionsbeitrages der Dienstordnungsangestellten (mit der geplanten Erhöhung von 3 Prozent derzeit 6,2 Prozent) bemessen werden. Den gleichen Pensionsbeitrag sollen auch die anderen pensionsberechtigten Funktionäre der Gemeinde Wien leisten, das sind die nicht amtsführenden Stadträte und die Bezirksvorsteher, deren Funktionsbezüge sich gleichfalls nach dem ^{Bundesnormen} richten. Der Referent stelle daher im Einvernehmen mit den Parteien den obigen Antrag und bitte um dessen Annahme.

Der Referentenantrag wird angenommen.

St.R. Speiser berichtet sodann über die Vorlage, die sich auf die Aenderung der Satzungen der Pensionskasse bezieht. Die Pensionskasse für die Bediensteten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen hat in den letzten Jahren eine ungünstige Entwicklung genommen, die die Gemeindeverwaltung veranlasst hat, vor längerer Zeit bereits mit den beteiligten Gewerkschaften und den Vertretern des Personals in Verhandlungen zu treten. Die Goldentwertung hat das aus der Vorkriegszeit stammende Vermögen dieser sozialen Einrichtung fast aufgezehrt. Neben einem unbedeutenden Vermögen an Wertpapieren sind ihr nur die Bedienstetenwohnhäuser als Vermögenswert geblieben. Sie werfen aber fast kein Erträgnis ab. Die in den letzten Jahren

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VIII. Blatt

Wien, am 7. Oktober 1931.

eingetretenen Lohnregelungen, insbesondere die Aenderung des Besoldungssystems bei den Bediensteten der städtischen Unternehmungen haben eine grössere Mehrbelastung der Pensionskasse verursacht. Schliesslich hat auch der über das normale Mass hinaus gehende Zuwachs an Pensionsparteien zur Störung des finanziellen Gleichgewichtes wesentlich beigetragen. Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen zur Sanierung der Pensionskasse haben nunmehr zu einem vorläufigen Abschluss geführt, dessen Inhalt die vorliegenden Anträge darstellen. Mit den beteiligten Gewerkschaften und den Vertretern der Pensionskassenmitgliedern wurde vereinbart, die Verhandlungen wegen weiterer Reformen der Pensionskasse sofort aufzunehmen, um die Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes dieser Institution zu erzielen.

GR. Lehninger (E.L.) bemerkt, dass an der ungünstigen Entwicklung der Verhältnisse bei der Pensionskasse nicht zum geringsten Teil die Mehrheit dieses Hauses Schuld habe. In der Pensionskasse ist seit dem Jahre 1922 eine saloppe Wirtschaft betrieben worden, wie man sie sich nicht ärger vorstellen kann. Und es ist leider zu befürchten, dass auch die jetzt verfügbaren Beitragserhöhungen eine Sanierung der Kasse nicht ermöglichen werden, dass man sich vielmehr nur ein Jahr wird fortwursteln können. Wie drückend die Beitragserhöhungen sind, ergibt sich daraus, dass bei einem Monatsbezug von 240 Schilling und einem bisherigen Pensionsbeitrag von über 29 Schilling eine Erhöhung um mehr als 7 Schilling und in den höheren Stufen um über 8, 9 und 10 Schilling eintritt. Die Kasse hatte noch im Jahre 1926 einen Gebarungüberschuss von über einer Million und schon im Jahre darauf einen Gebarungabgang von 950.000 Schilling und im Jahre 1930 betrug der Gebarungabgang fast 4 Millionen. Man hat es, als die Pensionsinstitute zu-

sammangelegt wurden, unterlassen, für die gemeinsame Kasse das finanzielle Fundament zu schaffen und der rücksichtslose Abbau bei den städtischen Unternehmungen hat die Zahl der Pensionsparteien ungeheuer vermehrt. GR. Lehninger appelliert an St. R. Speiser, endlich an eine Sanierung der Pensionskasse zu schreiten (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Stöger (E.L.) bemerkt, die traurige Entwicklung, die die einst blühende Pensionskasse in den letzten Jahren genommen hat, ist mit ein Grund, warum sich die Gemeinde schaut, den Rechnungsabschluss dieser Kasse dem Gemeinderat vorzulegen. GR. Stöger legt unter Hinweis auf die Bestimmungen der Gemeindeverfassung dar, dass der Voranschlag und der Rechnungsabschluss der Pensionskasse, da es sich um ein Fondsvermögen handelt, nicht wie dies jetzt geschieht vom Ausschuss, sondern vom Gemeinderat genehmigt werden müsste (Beifall bei der E.L.)

St. R. Speiser erwidert auf diese Ausführungen des GR. Stöger mit dem Hinweis auf ein Gutachten, in dem festgestellt wird, dass es sich bei der Pensionskasse um einen autonomen verwalteten Fond handle, für den die Zuständigkeit des Gemeinderates nicht gegeben sei. St. R. Speiser sagt zu, dass er im übrigen diese Frage einer Überprüfung unterziehen werde. Bezüglich der Pensionskasse stellt der Referent fest, dass die Kasse sehr gut geführt wird und überaus geringe Verwaltungskosten habe. Er bittet, den Antrag anzunehmen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird genehmigt ein Kredit zur Deckung des im Rechnungsabschluss für 1930 einzustellenden Hauptmietzinsüberschusses für die Althäuser, ein Darlehensvertrag mit der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft "Aus eigener Kraft", ein Darlehensvertrag mit der Siedlungsgenossenschaft "Müllnermais" und die Festsetzung eines Widmungs- und Bebauungsplanes für den XXI. Bezirk.

Schluss der Sitzung 20 Uhr.
Bogenabfertigung 20:30 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

316

Wien, am 8. Oktober 1931.

Das Wiener Rathaus wird von Fremden besichtigt.

Allmonatlich besucht eine grosse Zahl von Fremden auch das Wiener Rathaus, das zu den schönsten Gebäuden Wiens gehört. So haben im vergangenen September nach dem Berichte der Rathausverwaltung insgesamt 544 Fremde die Sitzungssäle und Festsäle des Rathauses besichtigt. Von den 191 Einzelbesuchern aus verschiedenen europäischen Staaten waren 38 aus Deutschland, 3 aus der Schweiz, 12 aus der Tschechoslowakei, 6 aus Ungarn, 1 aus Jugoslawien, 12 aus Rumänien, 4 aus Frankreich, 2 aus Belgien, 5 aus Holland, 5 aus Dänemark, 19 aus England, 4 aus Schweden, 39 aus Italien, 41 aus verschiedenen österreichischen Bundesländern. Ausserdem kamen 6 Gäste aus Britisch-Indien, 1 Gast aus Südafrika und 6 Gäste aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Neben Einzelbesuchern sind jedoch auch Reisegesellschaften durch die Säle geführt worden; im September waren es 6 Gruppen aus österreichischen Bundesländern mit insgesamt 288 Personen, 1 Gruppe aus Ungarn mit 23 Personen, 1 Gruppe aus Polen mit 12 Personen und eine internationale Reisegesellschaft mit 17 Personen.

492.794 Gasabnehmer in Wien.

Wie die Direktion der städtischen Gaswerke mitteilt, haben am 30. September dieses Jahres 492.794 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen. Gegenüber dem Stand im Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasabnehmer am 30. September dieses Jahres mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten hatten. Im vergangenen September haben die städtischen Gaswerke 1.815 Gasmesser neu aufgestellt, 790 Gasrossoranlagen vergrössert und 204 Neuanlüsse durchgeführt. Der Verkauf von Gasgeräten und Koksöfen "muster Wiener Gaswerke" war im Berichtsmonate ein sehr reger.

Von den Bezirksvertretungen.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten findet am Montag, den 12. Oktober, um 5 Uhr nachmittags statt.

Die Bezirksvertretung Meidling tritt am Donnerstag, den 15. Oktober, um 6 Uhr abends zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

317

I. Ausgabe.

Wien, am 8. Oktober 1931.

Winterhilfe für die Arbeitslosen.

In Wien sind die Vorbereitungen zur Bildung eines Kuratoriums für eine grosszügige Arbeitslosen-Hilfsaktion, die in erster Linie den ausgesteuerten, darüber hinaus aber auch den übrigen Arbeitslosen nach Massgabe der Mittel zugute kommen soll, unmittelbar vor dem Abschluss. Heute kann bereits gesagt werden, dass ausser den Ministern Dr. Resch, Reinl und Dr. Dollfuss auch der Bürgermeister der Stadt Wien, die Vertreter der Unternehmerverbände, der Gewerkschaften, der privaten Fürsorge und namhafte Persönlichkeiten dem Kuratorium angehören werden. Die Sitzung des Kuratoriums wird voraussichtlich in der nächsten Woche stattfinden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

318

Wien, am 9. Oktober 1931.

Anton Hueber-Bürger der Stadt Wien.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung beschlossen, den Bundesrat und Ehrenvorsitzenden des Bundes der freien Gewerkschaften Anton Hueber anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres in Anerkennung der grossen Verdienste, die er sich um die österreichischen Gewerkschaften und um das österreichische Arbeitsrecht erworben hat, zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen.

*

Anton Hueber wurde am 26. September 1861 in Pilsen als Sohn eines Agenten geboren. Nach dem plötzlichen Tode seines Vaters zog seine Mutter mit vier Kindern nach Wien, wo sie sich als Fransenknüpferin ihren Lebensunterhalt erwerben musste. Hueber wurde von seiner Mutter bei einem Holzgalanteriedrechsler untergebracht, bei dem er vier Jahre lernte. Nach Absolvierung seiner Militärdienstzeit war Hueber in Wien als Drechsler in verschiedenen Fabriken tätig. Schon damals beteiligte er sich an den Bildungs- und Organisationsarbeiten der Arbeiterbewegung. 1890 wurde er als Delegierter zum Drechslerkongress entsendet; 1891 gründete Hueber den Fachverband der Holzdrechsler, dessen Obmann er wurde. 1892 wurde er zum Gehilfenobmann der Krankenkassa der Drechsler gewählt. Im Jahre 1894 wurde Hueber Sekretär der Gewerkschaftskommission, des heutigen Bundesvorstandes der freien Gewerkschaften; in dieser Stellung war er ununterbrochen siebenunddreissig Jahre tätig. Seit dem Jahre 1928 fungierte Hueber als erster Obmann des Bundes der freien Gewerkschaften. Von dem vor kurzem tagenden Gewerkschaftskongress wurde Hueber auf Lebensdauer zum Ehrenvorsitzenden des Bundes der freien Gewerkschaften gewählt.

Nach dem Umsturz wurde Hueber von der sozialdemokratischen Partei in den Nationalrat entsendet, dem er bis zu seiner im Jahre 1930 erfolgten Wahl in den Bundesrat der Republik Oesterreich angehörte.

Die Verdienste Huebers um die Gewerkschaftsbewegung fanden auch internationale Anerkennung. So wurde Hueber im Jahre 1919 zum Vorstandsmitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt; ferner gehörte er bis 1931 dem Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes in Genf an.

Der Autoverkehr in einem Teil der Prater-Hauptallee am nächsten Sonntag erlaubt.

Anlässlich der Veranstaltungen im Wiener Stadion am nächsten Sonntag ist das Befahren der Prater-Hauptallee in der Strecke von der Einmündung der Rustenschachorallee bis zur Abzweigung der neuangelegten Stadion-Zufahrtstrasse mit Benzinkraftfahrzeugen mit Ausnahme von Krafträdern, Lastwagen und Gesellschaftswagen gestattet worden. Der Autoverkehr ist jedoch nur in der Zeit von 12 bis 20 Uhr erlaubt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

319

Wien, am 10. Oktober 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadt-senates findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

Eine Ehrennische in der Urnenhalle des Wiener Krematoriums für Matthias Eldersch.

Die Leiche des am 20. April verstorbenen Präsidenten des Nationalrates Matthias Eldersch ist im Wiener Krematorium eingäschert worden. In der linken Urnenhalle des Krematoriums ist auch die Urne mit den Aschenresten provisorisch beigesetzt worden. Nunmehr hat jedoch der zuständige Gemeinderatsausschuss beschlossen, in Würdigung der besonderen Verdienste Matthias Eldersch' um die Hebung des österreichischen Arbeiterstandes zur Beisetzung der Aschenurne eine Ehrennische im Wiener Krematorium zu widmen.

Benennung neuer Strassenzüge.

Eine Bürgersteingasse und eine Rudolf Pöch-Gasse in Hietzing.

Die Errichtung neuer städtischer Wohnhausanlagen an der Breitensee-
strasse nächst der Altebergenstrasse in Hietzing hat die Benennung mehrerer
umliegender Verkehrsflächen notwendig gemacht. Der Gemeinderatsausschuss
für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat sich in seiner letzten Sitzung
mit den Strassenbenennungen beschäftigt und beschlossen, die neue Gasse, die
die Breitensee-
strasse mit der Steinbruchstrasse verbindet, in Erinnerung an
den hervorragenden Schulhygieniker Dr. Leo Burgerstein "Bürgersteingasse" und
die die Fortsetzung der Altebergenstrasse und die neue Bürgersteingasse ver-
bindende Quergasse nach dem bekannten Anthropologen Rudolf Pöch, der sich
im Jahre 1896 beim Auftreten von zwei Pestfällen in Wien besondere Verdienste
bei der Verhinderung der Ausbreitung der Seuche erworben hatte, "Rudolf Pöch-
Gasse" zu benennen. Der Strassenzug, der in Fortsetzung der bestehenden Alte-
bergenstrasse verläuft, wird auch den Namen Altebergenstrasse tragen. Die Texte
der Erläuterungstafeln werden lauten: "Altebergen, Flurnamen", "Dr. Leo Burger-
stein (1853 - 1928), Professor, Schulhygieniker" und "Dr. Rudolf Pöch (1870-
1921), Universitätsprofessor, Anthropologe".

*

Leo Burgerstein wurde am 30. Juni 1853 in Wien geboren. Nach Vollen-
dung seiner Studien - er erhielt das Doktorat der Philosophie - wurde er
Mittelschullehrer, war dann einige Zeit hindurch als Assistent an der Wiener
Universität tätig, habilitierte sich schliesslich und erhielt auch den Titel
eines a. o. Universitätsprofessors. Grosse Studienreisen führten ihn nach der
Türkei, nach Skandinavien und nach Amerika. Von den Werken Burgersteins sind
insbesondere die 'Gesundheitspflege' und das 'Handbuch der Schulhygiene'

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 10. Oktober 1931.

Dr. Burgerstein galt als hervorragender Fachmann auf schulhygienischem Gebiete und war auch Vorsitzender der österreichischen Gesellschaft für Schulhygiene. Er starb am 12. Mai 1928.

Rudolf Pösch, der am 17. April 1870 in Tarnopol geboren wurde, studierte an der Wiener Universität und wurde hier im Jahre 1895 zum Doktor der gesamten Heilkunde promoviert. Als im Jahre 1896 in Indien die Pest auftrat, wurde er als Mitglied der österreichischen Postkommission dorthin entsendet. Nach seiner Rückkehr übernahm er die Behandlung des in Wien an der Pest erkrankten Arztes Dr. Müller. Später wandte Dr. Pösch sich der Anthropologie und der Ethnographie ^{zu} und volontierte am Museum für Völkerkunde in Berlin. In den Jahren 1904 bis 1906 unternahm er eine Forschungsreise nach Neuguinea, im Jahre 1907 eine Forschungsreise nach Südafrika. 1910 habilitierte er sich an der Wiener Universität für Anthropologie und Ethnographie. Inzwischen hatte er an der Universität in München auch das Doktorat der Philosophie erworben. Im Jahre 1913 wurde Dr. Pösch a. o. Professor, im Jahre 1919 schliesslich Ordinarius. Während des Krieges stellte er umfangreiche Untersuchungen in den österreichischen Kriegsgefangenenlagern an. Professor Dr. Pösch starb am 4. März 1931.

*

Die Benennung der Strassenzüge nach Dr. Leo Burgerstein und Dr. Rudolf Pösch geht auf Anregungen zurück, die der Bund erhaltensamer Erzieher Österreichs und die Anthropologische Gesellschaft in Wien gegeben haben.

Ausschreibung von Stiftplätzen für Wiener Waisenkinder.

Aus den Adolf Ignaz und Julie Marzelline Mautner von Markhof'schen Stiftungen für Wiener Waisenkinder werden acht Stiftplätze zu je 560 Schilling an vier Wiener Waisenknaben und vier Wiener Waisenmädchen verliehen, und zwar je zwei an katholische, je einer an evangelische und je einer an israelitische Waisenkinder. Zur Bewerbung berufen sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren und arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren, die in Wien heimatberechtigt sind. Den Gesuchen, die vom gesetzlichen Vertreter einzubringen sind, sind Mittellosigkeitszeugnis, Tauf- oder Geburtschein, Nachweis der Zuständigkeit und der Verwaisung, das letzte Schulzeugnis, und das Vormundschaftsdekret beizulegen. Die Gesuche sind bei der Magistrats-Abteilung 8 im Rathaus bis zum 14. November 1931 einzubringen. Die Stiftplätze werden am 6. Februar 1932 verliehen.

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten.

Die Bezirksvertretung Margareten tritt übermorgen, Montag, um 17 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

320

Wien, am 12. Oktober 1931.

Neue Wohnhausbauten der Gemeinde Wien.

Die Entwürfe für drei neue Wohnhausanlagen im zuständigen Gemeinderatsausschuss genehmigt. - 687 neue Wohnungen.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat sich in seiner letzten Sitzung neuerlich mit der Beratung von Entwürfen für neue städtische Wohnhausanlagen befasst und die vorgelegten Entwürfe genehmigt.

Auf der Landstrasse wird an der Oberen Bahngasse und Gerlgasse nach den Plänen des Zivilarchitekten M. Otto Kuntschik ein Wohnhausbau errichtet werden, der aus zwei Gassendoppeltrakten bestehen wird, deren Innenfronten einen grossen Binnenhof umfassen. Von dem mehr als 4944 Quadratmeter grossen Baugrund werden bloss etwa 1805 Quadratmeter, also nicht einmal 37 Prozent des gesamten Grundes, tatsächlich verbaut, während der Rest des Baugrundes zu einem Gartenhof ausgestaltet wird. Die neue Anlage wird an 9 Stiegenhäusern insgesamt 182 Wohnungen enthalten; die Häuser werden ausser Keller und Erdgeschoss 4 bis 5 Stockwerke und Dachboden haben. Rund 2,500.000 Schilling müssen für die Errichtung der neuen Anlage aufgewendet werden.

An der Stutterheimgasse in Fünfhaus wird eine Wohnhausanlage errichtet werden, deren Pläne von den Architekten Josef Berger und Martin Ziegler stammen. Von der Baufläche, die etwa 3507 Quadratmeter gross ist, werden nur ungefähr 1614 Quadratmeter, also 46 Prozent des gesamten Baugrundes, tatsächlich verbaut, während fast 1894 Quadratmeter oder rund 54 Prozent des Baugrundes für einen Strassenhof verwendet werden. Die doppeltraktige Wohnhausanlage wird an 7 Stiegenhäusern mit je 4 Wohngeschossen insgesamt 124 Wohnungen enthalten. Der notwendige Bauaufwand beträgt 1,800.000 Schilling.

Die Gründe an der Werndl-gasse, Lottgasse und Pitkagasse in Floridsdorf werden zur Errichtung einer Wohnhausanlage verwendet, die von den Architekten Schmid und Aichinger entworfen worden ist. Die Ausführung des ersten Teiles dieser neuen Anlage ist vom Gemeinderate bereits im Juli des heurigen Jahres genehmigt worden. Nunmehr soll ein weiterer Bauteil folgen. Von der für diesen Bauteil zur Verfügung stehenden Grundfläche, etwa 22.868 Quadratmeter, werden kaum 23 Prozent, 5326 Quadratmeter, tatsächlich verbaut, während mehr als 17.542 Quadratmeter, also etwa 77 Prozent des gesamten Baugrundes, auf Gärten und Strassen entfällt. Die neue viergeschossige Anlage wird 4 Fronten haben, die einen grossen Mittelhof umschliessen. Von den 28

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 12. Oktober 1931.

Stiegenhäusern werden 22 vom Hof und 6 direkt von der Strasse aus zugänglich sein. Die Anlage wird insgesamt 381 Wohnungen enthalten. Die Baukosten für diesen zweiten Bauteil der grossen Wohnhausanlage betragen rund 5,490.000 Schilling.

Ziehung der Wiener Armenlotterie.

Bei der am 10. Oktober im ZiehungsSaale der Staatslotterien amtlich durchgeführten Ziehung der 108. Wiener Armenlotterie wurden folgende höhere Treffer ausgelost:

Der 1. Haupttreffer im Werte von 20.000 Schilling entfiel auf Losnummer 8900, der 2. Haupttreffer im Werte von 10.000 Schilling auf Losnummer 70.266; die folgenden Treffer (3. bis 6. Haupttreffer) im Werte von je 2.500 Schilling entfielen auf die Lose 204.856, 227.797, 304.209 und 307.135. Die Lose 29.123, 57.332, 120.797, 124.415, 148.067, 150.446, 200.807, 222.106, 276.124, 311.452, 321.258, 338.826, 383.056 und 386.468 wurden für Treffer im Werte von je 1.500 Schilling (7. bis 20. Haupttreffer) gezogen. Ausserdem wurden weitere 4040 Treffer im Werte von 5 Schilling bis 200 Schilling gezogen. Amtlich überprüfte Ziehungslisten zum Preise von 20 Groschen sind in allen Losverschleissstellen erhältlich.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt am Donnerstag, den 15. Oktober, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Jubilare der Ehe.

In dieser Woche feierten die Ehepaare Johann und Katharina Edlmann, Josef und Johanna Graf, Franz und Josefa Skrob, Ferdinand und Josefa Sölch und Felix und Rosa Unger das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Öffentlicher Rettungsdienst der Wiener Gemeindegewache.

Bekanntlich hat die Wiener Gemeindegewache einen öffentlichen Rettungsdienst eingerichtet, der dazu bestimmt ist, bei Unglücksfällen erste Hilfe zu bieten. Im vergangenen September hat nun der Rettungsdienst der Gemeindegewache in 959 Fällen Hilfe geleistet, und zwar bei 1 Verkehrsunfall, 110 Unglücksfällen, 2 Selbstmorden oder Selbstmordversuchen und 846 sonstigen Vorfällen. Dabei ist 186 Verletzten, 156 Erkrankten und 617 sonst gefährdeten Personen Hilfe geboten worden.

N. 321 folgt!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

322

Wien, am 13. Oktober 1931.

Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien legt den Bericht der städtischen Amtsärzte über den Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung im vergangenen August vor. Der Bericht besagt, dass der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung im Berichtsmo- nate im allgemeinen durch einen Rückgang der akuten übertragbaren Krankheiten gegenüber Juli charakterisiert war; nur die Zahl der Erkrankungen an Kinderlähmung war ungefähr gleich hoch wie im Vormo- nate.

Im August sind 606 Anzeigen über anzeigepflichtige Krank- heiten erstattet worden. Von diesen Anzeigen betrafen 274 Scharlach- erkrankungen. Ferner sind 223 Anzeigen über Diphtherie, 37 Anzeigen über Varizellen und 30 Anzeigen über Kinderlähmung erstattet worden. An übertragbaren Darmkrankheiten sind 23 Bauchtyphuserkrankungen, 3 Paratyphusfälle und 3 Ruhrerkrankungen angezeigt worden.

Gestorben sind im vergangenen August in Wien 1.846 Menschen, von denen 136 ortsfremd waren. Als Todesursachen sind in 345 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 322 Fällen bösartige Neubildun- gen, in 239 Fällen Tuberkulose aller Art und in 185 Fällen Krank- heiten der Nerven- und Sinnesorgane gemeldet worden. 135 Anzeigen haben als Todesursachen Krankheiten der Verdauungsorgane und 132 Anzeigen Atmungskrankheiten angegeben. Nach den Todesfallanzeigen sind im Berichtsmo- nate 180 Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben.

Ablenkung des Bahnhofsverkehrs.

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag und in der Nacht von Freitag auf Samstag wird wegen Gleisarbeiten in der Nussdorfer- strasse die Bahnhofslinie von der Alserbachstrasse (Hotel Union) über Spitalgasse - Lazarettgasse-Kaiserstrasse-innere Mariahilfer- Gürtel zum Sochshauser Gürtel abgelenkt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

323

II. Ausgabe.

Wien, am 13. Oktober 1931.

Die Gehaltskürzung bei den Gemeindeangestellten.

Der Städtebund für eine einheitliche Regelung.

Das kürzlich vom Nationalrat beschlossene Budgetsanierungsgesetz verpflichtet die Gemeinden, die Bezüge ihrer Angestellten bis zum 1. November ähnlich, wie dies beim Bund bereits erfolgt ist, zu kürzen. Um dabei ein gemeinsames Vorgehen aller Gemeinden zu ermöglichen, hat der Städtebund auf Anrohung einiger Landeshauptstädte für morgen, Mittwoch, vormittags seinen Grossen Ausschuss nach Wien einberufen. Bürgermeister Hofrat Ott (Salzburg) wird in dieser Sitzung das einleitende Referat erstatten. Ferner wird in der Sitzung nach einem Bericht des Stadtrates Breitner die Umwandlung der kurzfristigen Gemeindekredite in Kommunalobligationen neuerlich behandelt werden, da die Regierung der Wiener Landeshypothekenanstalt noch immer nicht die Genehmigung zur Ausgabe dieser Papiere erteilt hat und die Gemeinden unter der drückenden Zinsenlast zusammenbrechen. Schliesslich wird Bürgermeister Fischer (Innsbruck) über die Durchführung einer Winterhilfe für die ausgesteuerten Arbeitslosen in den Gemeinden referieren. Die Städtevertreter werden nachmittags bei Bundeskanzler Dr. Buresch und Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Resch versprochen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

324

Wien, am 14. Oktober 1931.

Neue Bürger von Wien.

Feierliche Ueberreichung von Bürgerdiplomen durch Bürgermeister Seitz.

Heute mittags überreichte Bürgermeister Seitz in feierlicher Weise die Bürgerdiplome an acht neue Bürger der Stadt Wien. Professor Ernst Arndt, Direktor Dr. Rudolf Beer, Betriebsleiter Michael Hackl, Hofrat A. Jaksch, akademischer Maler Karl Moll, Schriftsteller Felix Salten, Hofschauspieler Otto Tressler und Bundesrat Max Winter waren vom Wiener Gemeinderat durch die Ernennung zu Bürgern der Stadt Wien ausgezeichnet worden. Bei der feierlichen Ueberreichung der Bürgerdiplome waren von der Stadt Wien Vizebürgermeister Hoss, die amtsführenden Stadträte Kokrda, Linder, Richter, Speiser und Professor Dr. Tandler, Landtagspräsident Hellmann, Präsident Glöckel, Magistrats-Direktor Dr. Hartl, die Nationalräte Pölzer, Adelheid Popp und Sever, zahlreiche Persönlichkeiten des Wiener Kunstlebens, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Wiener Gesellschaft, Verwandte und Freunde der neuen Bürger erschienen.

Bürgermeister Seitz richtete an die neuen Bürger und an die erschienenen Gäste eine Ansprache, in der er ausführte: "Der Ernst der Zeit verbietet rauschende Feste. Wien ist heute arm wie die ganze Welt; aber es ist reich an Kultur, an Schätzen der Wissenschaft, der Kunst und der Literatur, reich vor allem an Trägern der Kultur, dann aber auch an innerer Kraft, an Energie, an dem Willen, die harte Zeit zu überwinden. Die Menschheit ist leider arm, nicht an Gold und Geld, noch weniger an Kraft zur Arbeit, sondern an der Fähigkeit sie richtig zu verwenden. Alles Kapital ist Mittel für einen bestimmten Zweck; die Völker der Erde und die einzelnen Menschen in jedem Volk zur Arbeit zu veranlassen, für sich selbst, für Weib und Kind, für sein ganzes Volk, für alle Völker der Erde. Das sonst so viel begehrte, geachtete **GOLD** ist heute zum grossen Teil Metall geworden, es liegt tot und unverwendet, erfüllt keine nützliche wirtschaftliche Funktion, die Menschen der Erde sind zu Millionen arbeitslos... Das ist unsere Armut! Niemand weiss und niemand kann sagen, ob die Welt in einer Wirtschaftskrise gewöhnlicher Art steht, bloss verschärft durch die Nachwirkungen des Weltkrieges, oder in einer Krise der Gesellschaftsordnung überhaupt - wie vor einigen Monaten ein berühmter Volkswirt gesagt hat, im Zeichen des Klimakteriums einer Gesellschaftsordnung. So sind wir alle arm. Und Armut ist nicht, wie Moralisten oft glauben machen wollen, reinlich, gesund, adrett, moralisch und gebildet; nein sie bedeutet heute vielfach Krankheit, Unmoral und Unbildung, nicht Kultur, sondern Unkultur. So bedeutet Armut Sinken des kulturellen Standes. Die Krise der Volkswirtschaft ist auch eine Krise der Kunst und Wissenschaft.

Sollen wir uns beugen und erliegen? Nein, der Wiener wird selbst in schwerster Zeit die Hoffnung auf seines Volkes Zukunft nicht aufgeben. Wir

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am ~~14.~~ Oktober 1931.

stehen auch heute noch zu den Männern der Kunst, der Wissenschaft, der Literatur, wir ehren sie als die Schützer und Mehrer unserer grössten Werte und erweisen so unsere Lebenskraft, unsere ungebrochene Energie, unsere Hoffnung auf eine bessere Zukunft."

Dann wandte sich Bürgermeister Seitz an die einzelnen neuen Bürger und überreichte ihnen mit Worten der Anerkennung für ihr Werk und der Schätzung ihrer persönlichen Leistungen die Bürgerdiplome.

Zu Professor Arndt gewendet sagte der Bürgermeister, dass der Künstler Arndt, obwohl seine Wiege nicht in Wien stand, innerlich schon längst ein Bürger Wiens geworden sei. "Die Rolle des Wiener Bürgers," sagte Bürgermeister Seitz, "die Sie jetzt übernehmen, werden Sie leicht und würdig verkörpern, Sie werden sie nicht zu studieren haben, weil sie Ihrer Wesensart entspricht."

"Wenn das Deutsche Volkstheater," sagte dann Bürgermeister Seitz zu Direktor Beer, "vor kurzem sein 40jähriges Jubiläum feiern konnte und in dieser Zeit aufrecht steht, so ist das nicht zuletzt dem Mann zu danken, der es führt, der grossen organisatorischen Kraft und dem unverwüsthlichen Idealismus seines Leiters." Dann würdigte der Bürgermeister auch die Tätigkeit Direktor Dr. Beers als Leiter anderer Wiener Theater, als Lehrer und als Vertreter der Interessen seiner Berufskollegen.

In Michael Hackl feierte der Bürgermeister einen Mann des praktischen Lebens, der Wirtschaft, einen Mann der Arbeit, der sich vom Bäckerlehrling durch seine Fähigkeit, seinen Fleiss und seinen Idealismus emporgearbeitet hat. Er würdigte die Leistungen Hackls in seinem Gewerbe, seine Verdienste um die Bildungsarbeit und um die Sozialpolitik und dankte für die Tätigkeit Hackls als Stadtrat der Stadt Wien in der schweren Zeit unmittelbar nach dem Kriege.

Dann wandte sich Bürgermeister Seitz zu Hofrat Jaksch und würdigte dessen unvergängliche Verdienste um die Sangeskultur und um die Organisation des deutschen Sängewesens. Was Jaksch in jahrzehntelanger Arbeit geleistet habe, konnten die Wiener bei dem grossen Sängerbundest fest erkennen. Hofrat Jaksch, der auch heute noch als begeisterter Freund der Jugend wirke, habe durch seine organisatorische Tätigkeit den Ruhm der Stadt Wien als Stadt der Lieder und der Sangeskunst in alle Welt tragen helfen.

Den Künstler, der immer vorwärts stürmt und nie am Alten haftet, ehrte Bürgermeister Seitz in Maler Moll. Stets habe Moll neue Wege gewiesen und die Menschen zu Neuem geführt. Aber nicht nur als schaffender Künstler habe Professor Moll sich unvergängliche Verdienste erworben, sondern auch als Erzieher des Nachwuchses. Er habe uns grosse Künstler überhaupt erst nahegebracht und manchem erst den Weg geobnet. Die Stadt Wien danke ihm vor allem auch für seine Tätigkeit im Kunstbeirat der Gemeinde Wien, wo er dafür wirke.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 14. Oktober 1931.

dass jungen und aufstrebenden Künstlern der Weg erleichtert werde.

In der Ansprache an Felix Salten sprach Bürgermeister Seitz von der harten Jugend, die Salten verloben musste, bis er Anerkennung gefunden habe. "Wenn wir Saltens Kraft schätzen wollen," sagte der Bürgermeister, "so gehen wir am besten nach der alten physikalischen Regel vor, die Kraft zu messen an dem Widerstand." Neben der dichterischen Kraft des sprachlichen Ausdruckes können wir an Salten eine unerhörte Lebenskraft finden, die sich in jedem neuen Werk zeigt.

"In Otto Tressler feiern wir," sagte Bürgermeister Seitz, "nicht nur den grossen darstellenden, sondern auch einen bildenden Künstler von Rang. Wie sehr wir Wiener Sie lieben und ehren, habe ich Ihnen schon an Ihrem 60. Geburtstag gesagt. Die Wiener kennen den Künstler Tressler, der jede Rolle zu gestalten weiss, gewandt, jugendlich und ewig neu." Niemand könne vom Wiener Burgtheater reden, ohne Tresslers zu gedenken.

"Max Winter haben wir immer an der Spitze gesehen," sagte Bürgermeister Seitz, "in seinem Beruf als Journalist und als helfender und stets hilfsbereiter Mensch. Wir alle haben seine erschütternden Schilderungen sozialen Elends gelesen, wir wissen, dass er sogar in die Tiefen der Kanäle hinabgestiegen ist, um das Leben der Aermsten zu schauen, die dort schliefen. Wir haben die Macht seines Wortes kennengelernt, mit dem er alle aufgerüttelt und zur Hilfeleistung aufgerufen hat. In seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Journalist war Max Winter immer jung, hat immer wieder neue Formen gefunden, um die Menschen zur Hilfeleistung für die Armen und Unterdrückten aufzurufen. Aber er ist auch einer der Gründer der grossen Erziehungsorganisation der "Kinderfreunde", die heute nicht nur in Oesterreich und in allen deutschen Landen besteht, sondern in der ganzen Welt. Das schöne Wort "Freundschaft", diesen Gruss der Kinderfreunde in aller Welt, hat Max Winter uns gegeben." Dann würdigte Bürgermeister Seitz die Tätigkeit Max Winters als Vizebürgermeister und Wohlfahrtsreferent der Stadt Wien in den schweren Jahren der Nachkriegszeit. Auch da habe er sich mit der ganzen Hingabe seines Herzens der Sache gewidmet. Immer habe er mit unverwüstlichem Optimismus und Frohsinn für die Menschen gewirkt.

Für die neuen Bürger dankte Felix Salten dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung. Er führte dabei aus: "Der Titel, den wir jetzt führen dürfen, war in früheren Zeiten an Vorrechte geknüpft. Heute ist dieser Titel dadurch erhöht, dass er für die Lebensarbeit aller der heute hier ausgezeichneten Männer eine Bestätigung und eine Anerkennung bietet, dass sie nicht vergebens gewirkt haben. So ist die Ernennung zum Bürger der Stadt Wien die einzige Ehrung, an die unser menschliches, unser soziales Gefühl wirklich glaubt und für die wir aus vollem Herzen danken. Bei Verleihung solcher Titel wurde früher ein Gelöbnis eingefordert; die Titel wurden verliehen in der Erwartung, dass die damit Geehrten Pflichten erfüllen. Die Stadt Wien erwar-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 14. Oktober 1931.

tot heute von uns kein Gelöbnis, sie hat uns den Titel verliehen, weil wir unsere Treue, unser Oesterreichertum, unser Wienertum, soweit es in unseren Kräften steht, schon bewiesen haben. Wir alle haben unsere beste Kraft dem Wiener Boden zu danken." Dann dankte Felix Salten im Namen aller neuen Bürger in herzlichen Worten dem Bürgermeister und der Stadt Wien für die Ehrung.

Am Schluss der Feier würdigte Bürgermeister Seitz die Mithilfe der Verwandten, Freunde und Bekannten, des ganzen Kreises der neuen Bürger. Ein grosses Lebenswerk sei niemals nur das Verdienst eines Einzelnen, es sei immer auch ein Werk einer kleinen Gemeinde, die den Schaffenden umgibt, der Familie, des Freundeskreises, des Berufskreises des Schöpfers.

Die den neuen Bürgern überreichten Diplome sind mit künstlerischen Darstellungen von Wiener Motiven geschmückt. Das Bild im Diplom Professor Arndts stammt von Maler Graner, das Bild im Diplom Direktor Boers von Professor Engelhart; im Diplom des Betriebsleiters Haekl ist ein Bild aus der Hand des Malers Eck, im Diplom des Hofrates Jaksch ein Bild Professor Darnauts enthalten. Der künstlerische Schmuck des Diploms des Malers Moll stammt vom Maler Zülow, der künstlerische Schmuck des Diploms Felix Saltens von Professor Brunner. Professor Ranzoni hat das Bild im Diplom Tresslers und Maler Winter das Bild im Diplom Max Winters geschaffen.

Keine Paratyphusfälle in Wiener Hotels.

Heute mittags waren in Wien Gerüchte verbreitet, dass in einem grossen Wiener Hotel zahlreiche Paratyphusfälle vorgekommen seien. Das städtische Gesundheitsamt teilt dazu mit, dass die sofort eingeleiteten Erhebungen ergeben haben, dass in dem Hotel kein Krankheitsfall vorgekommen ist. Es ist auch das gesamte Personal zum Dienst erschienen, sodass auch beim Personal von Erkrankungen an Paratyphus keine Rede sein kann.

Die Sorgen der Gemeinde.

Eine Tagung des Städtebundes.

Unter dem Vorsitz der Vizobürgermeister Emmerling und Hoss hielt heute im Wiener Rathaus der Grosse Ausschuss des Städtebundes eine Beratung ab, an der die Bürgermeister und Finanzreferenten aller grösseren Gemeinden teilnahmen. Nach einem Referat des Bürgermeisters Ott (Salzburg), an das sich eine regge Aussprache knüpfte, wurde beschlossen, keine einheitliche Regelung der Bezugskürzung bei den Gemeindeangestellten durchzuführen, sondern mit Rücksicht darauf, dass lineare Abstriche bei den einzelnen Gemeinden verschiedene Auswirkungen zeitigen würden, den Umfang der Kürzung jeder Gemeinde zu überlassen. Stadtrat Breitner berichtete dann, unter welchen Bedingungen die Landeshypothekenanstalten der Bundesländer der Umwandlung der kurzfristigen Gemeindegeldkredite in Kommunalschuldverschreibungen durch die Wiener Landeshypothekenanstalt zustimmen würden. Diese Bedingungen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 14. Oktober 1931.

sind unverständlich, da die Sonderstellung, die Wien bekommen soll, keineswegs eine Ausnahme ist. So hat die Regierung der niederösterreichischen Anstalt längst die Ausdehnung ihres Wirkungskreises auf Wien gestattet. Dieses Institut hat in Niederösterreich keine einzige Niederlassung. Der grösste Teil seiner Einlagegelder fliesst aus Wien. Nun wünschen die Landeshypothekenanstalten, dass die Wiener Anstalt keine Pfandbriefe, sondern bloss Kommunalobligationen herausgeben dürfe. Das kommt praktisch einer Verweigerung gleich. Die Kommunalobligationen haben gegenwärtig einen sehr ungünstigen Markt, weil die Nachrichten über die Not der Gemeinden die Käufer abgeschreckt haben. Ausserdem sollen diese Papiere nicht frei verkauft, sondern drei Jahre nicht auf den Markt gebracht werden dürfen. Dann müsste sich die Wiener Zentralsparkasse verpflichten, jene Pfandbriefe und Obligationen, die sie von anderen Landeshypothekanstalten besitzt, nicht vor fünf Jahren zu veräussern. Ausserdem sollte die Wiener Anstalt die Verpflichtung übernehmen, bei den Kommunalobligationen unbedingt die Normen der niederösterreichischen Anstalt über Kurs, Höhe des Zinsfusses und Vermittlungsgebühr einzuhalten. Auch diese Bedingung ist unerfüllbar, weil die heutigen Verhältnisse höher verzinsliche Papiere erfordern als die seinerzeit von Niederösterreich herausgebrachten. Es müsse daher die Entscheidung der Regierung gefordert werden. Dazu sprachen Bürgermeister Pichler (Klagenfurt), Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz) und Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten), worauf beschlossen wurde, dem Bundeskanzler neuerlich die finanzielle Bedrängnis zu schildern, in die die Städte durch die Verzögerung dieser Aktion geraten sind, ^{und} von der Regierung rascheste Entscheidung zu verlangen. Ueber die Durchführung der Hilfsaktion der Gemeinden im Winter erstattete Bürgermeister Fischer (Innsbruck) einen sehr eingehenden Bericht. Es wurde beschlossen, über die Einzelheiten der Aktion für die Unterstützung der ausgesteuerten Arbeitslosen mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung das Einvernehmen zu pflegen.

Versprache bei der Regierung.

Unter Führung des Vizebürgermeisters Emmerling sprachen dann die Bürgermeister der grösseren Städte bei Bundeskanzler Dr. Buresch vor. Die Bürgermeister Gruber (Linz), Pichler (Klagenfurt), Bürgermeister-Stellvertreter Rückl (Graz) und Sekretär Honay berichteten über die schwierige Lage der Gemeinden, die vor allem durch die hohe Zinsfussbelastung hervorgerufen worden ist. Der Bundeskanzler erwiderte, dass mit einer Herabsetzung des Zinsfusses in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei. Die Regierung werde aber noch in dieser Woche über die Umwandlung der kurzfristigen Gemeindegeldkredite in langfristige Schuldverschreibungen durch die Wiener Landeshypothekenanstalt eine Entscheidung fällen.

Die Städtevertreter hatten dann noch eine eingehende Aussprache über die Durchführung der Winterhilfe für ausgesteuerte Arbeitslose mit Bundesminister Dr. Resch.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

325

Wien, am 15. Oktober 1931.

Eine Gartenanlage an Stelle des einstigen Bürgerversorgungshauses.

Die Gründe des ehemaligen Bürgerversorgungshauses an der Währingerstrasse sind derzeit umplankt. Es sollen nun im nächsten Jahre auf diesen Gründen gärtnerische Arbeiten durchgeführt und die Anlage durch ein Gitter abgeschlossen werden. Die neuen Anlagen werden dann selbstverständlich der Bevölkerung als Erholungsflächen zugänglich gemacht werden. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die notwendigen Arbeiten vornehmen zu lassen, und die hierfür erforderlichen Kosten genehmigt.

Erhebungsdienst des städtischen Jugendamtes.

In der letzten Zeit konnte wiederholt festgestellt werden, dass Frauen, die sich als städtische Fürsorgerinnen ausgeben, arme, kinderreiche Familien besuchen und dort Erhebungen pflegen, obwohl sie keine städtischen Fürsorgerinnen sind. Das Jugendamt der Stadt Wien macht ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die städtischen Fürsorgerinnen sich mit einer Amtslegitimation ausweisen und im Dienst ein mit dem Wappen der Stadt Wien versehenes Dienstzeichen tragen müssen.

Das Uhrenmuseum der Stadt Wien.

Dreissigtausend Besucher.

Seit der Eröffnung des Uhrenmuseums vor zehn Jahren gibt sich in der breitesten Öffentlichkeit ein grosses Interesse für dieses sehenswerte Museum kund. Am Dienstag erschien der dreissigtausendste Besucher im Uhrenmuseum. Es war ein jugoslawischer höherer Offizier, der schon in seiner Heimat auf das Wiener Uhrenmuseum aufmerksam gemacht worden war und nun gelegentlich einer Reise nach Wien das Uhrenmuseum aufgesucht hatte. Dem dreissigtausendsten Besucher wurde als Andenken der von Direktor Rudolf Kaftan verfasste illustrierte Führer durch das Uhrenmuseum überreicht. Als 30.001 Besucher trug sich in das Besucherbuch des Uhrenmuseums ein Amerikaner ein, ein grosser Uhrenfreund, der mit besonderem Interesse die im Uhrenmuseum ersichtliche Entwicklung der Räderuhr verfolgte. Direktor Kaftan veranstaltete am Dienstag die 2.561. Führung durch das Museum.

Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus.

Die Bezirksvertretung Fünfhaus tritt am Donnerstag, den 22. Oktober, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 326
KARL HONAY

Zweite Ausgabe.

Wien, am 15. Oktober 1931.

Aktion "Winterhilfe".

Konstituierung des Kuratoriums.

Heute fand im Sitzungssaal des Gemeinderates der Stadt Wien unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Prof. Dr. Tandler die konstituierende Sitzung des Kuratoriums der Aktion "Winterhilfe" statt. An der Sitzung nahmen für die Gemeinde Wien die Gemeinderäte Dr. Friedjung, Dr. Alma Motzke und Leopoldine Glöckel, die Vertreter der Ministerien, öffentlichen Körperschaften, Spitzenorganisationen der Wirtschaft und der Fürsorge und andere teil. Nach einem Referat des amtsführenden Stadtrates Prof. Dr. Tandler, der die Grundzüge der beabsichtigten Hilfsaktion darlegte, wurden Kuratorium und Unterausschüsse gebildet; ausserdem wurde beschlossen, einen Aufruf zu erlassen.

Wie schon mitgeteilt, findet morgen, Freitag, um 12 Uhr mittags im Sitzungssaale der Magistrats-Direktion im Neuen Rathaus, V.Stiege, I.Stock, unter dem Vorsitze des amtsführenden Stadtrates Prof. Dr. Tandler eine Pressekonferenz der Aktion "Winterhilfe" statt.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

327

Wien, am 16. Oktober 1931.

Aktion "Winterhilfe".

Stadtrat Professor Dr. Tandler über die überparteiliche Winterhilfsaktion.

Heute mittags fand im Wiener Rathaus eine Pressekonferenz statt, in der amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler Mitteilungen über die überparteiliche Aktion "Winterhilfe" machte.

Stadtrat Professor Dr. Tandler führte dabei aus: "Wir wollen das Elend, das uns in diesem Winter droht, bekämpfen und haben die absolute Ueberzeugung, dass wir über alle Hindernisse von politischer und sonstiger Einstellung hinweg dem Gedanken hilfreicher Nächstenliebe Durchbruch verschaffen werden. Aller Streit des Tages soll beiseite gelassen werden. Ich bin nicht von der Psychose der Winterangst ergriffen, aber ich bin überzeugt, dass wir einem sehr harten Winter entgegengehen. Wir haben in Wien 50.000 Ausgesteuerte. Wenn wir annehmen, dass darunter 30.000 Familienväter sind und jede dieser Familien dreiköpfig ist, so ergibt das rund 100.000 Menschen, die dem absoluten Nichts gegenüberstehen. Diese Not kann man mit den gewöhnlichen Mitteln nicht bekämpfen. Die ausgezeichneten Erfahrungen, die das Kuratorium der Aktion "Jugend in Not" im Vorjahr gemacht hat, haben mich als verantwortlichen Leiter für die Wohlfahrtspflege der Stadt Wien in getreuer Befolgung der damals gewonnenen Prinzipien und in Anwendung der Erfahrungen dieser Aktion bewogen, das gleiche Verfahren und den gleichen Vorgang in einem grösseren Masstabe durchzuführen. Wir hoffen, dass alle Kuratoriumsmitglieder mit der Arbeit des Kuratoriums der Aktion "Winterhilfe" ebenso zufrieden sein werden, wie mit der Aktion "Jugend in Not". Ich will Ihnen in kurzen Zügen die Aufgaben des Kuratoriums "Winterhilfe" umschreiben.

Zunächst wollen wir das Gewissen der Oeffentlichkeit aufrufen. Wir sind der Ueberzeugung dass viele Menschen, wenn sie nur richtig erfasst werden, auch Hilfe leisten werden. Wir wollen persönliche Hilfeleistung oder Hilfe durch Vereinigungen nicht irgendwie unterbinden; wir wollen keine tiefgehende Rationalisierung und keine Vergewaltigung, sondern nur eine Spitzen- oder Dachorganisation schaffen. In diesem Kuratorium der Aktion "Winterhilfe" sehen wir eine glücklichere Vereinigung der öffentlichen und privaten Fürsorge. Es ist selbstverständlich, dass ein so grosses Kuratorium nicht geeignet ist, wirkliche Arbeit zu leisten. Daher haben wir vorgeschlagen, eine Reihe von Ausschüssen zu bilden. Wir wollen vorläufig Ernährungsausschuss, Finanzausschuss, Kälteschutz- und Organisationsausschuss schaffen. Im Laufe der nächsten Tage werden sich diese Ausschüsse konstituieren und mit der Arbeit beginnen.

In erster Linie wollen wir den Menschen die Möglichkeit geben, zu essen. Das soll unsere erste Sorge sein. Wir werden die Ausspeisung der Hilfsbedürftigen und die Verteilung von Lebensmittelpaketen organisie-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 16. Oktober 1931.

ren. Diese Zweiteilung schlagen wir aus ganz bestimmten Erfahrungen heraus vor. Wir müssen auf die seelischen Qualitäten der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Es wird viele geben, die sich schämen, Speisen aus einer Küche zu holen, die aber ohneweiters ein Lebensmittelpaket annehmen werden. Die Ausspeisung soll nicht in eigenen Lokalen erfolgen; jeder soll Gelegenheit haben, sich die Speisen zu holen und sie dort zu verzehren, wo es ihm beliebt. Für die Aktionen kommen drei Kategorien von Menschen in Betracht: Vor allem die Ausgestuerten mit ihren Familien; weiters diejenigen Arbeitslosen, bei denen über die Arbeitslosen-beziehungsweise Notstandsunterstützung hinaus Hilfe notwendig ist, - wir denken dabei besonders an kinderreiche Familien; endlich wollen wir alle jene erfassen, die schon in der Fürsorge der Gemeinde stehen und die sich auch um die Winterhilfe bewerben werden.

Die Fürsorgeinstitute und Jugendämter sollen in gesteigerter Zusammenarbeit mit dem Kuratorium und mit der Fürsorge die Durchführung übernehmen. Sie sollen aber nicht als Verteiler fungieren; dieser Apparat soll nur die Kontrolle durchführen. In den Fürsorgeinstituten sollen die Anweisungen ausgegeben werden. Wie diese Arbeit im einzelnen geleistet wird, ist weniger von Interesse; jedenfalls ermöglicht es unser Wohlfahrtskataster, die Arbeit ohne Schwierigkeiten zu leisten. Die Majorität der Hilfebedürftigen ist in diesem Kataster bereits vermerkt. Durch diese Kontrolle wollen wir eine absolut gerechte und ordentliche Zuweisung erreichen und wollen verhindern, dass Mittel verschwendet werden. Ähnlich soll sich die Verteilung von Brennmaterial vollziehen. Auch auf diesem Gebiete haben die Fürsorgeinstitute der Gemeinde Wien grosse Erfahrungen.

Was wir prinzipiell ablehnen wollen, ist die Hilfeleistung durch Geld. Wir wollen den Menschen, die unsere Hilfe brauchen, zu essen geben und sie nicht der Gefahr aussetzen, das Geld zu anderen Dingen zu verwenden.

Die Aktion "Winterhilfe" soll, wenn die Vorarbeiten geleistet sind, spätestens am 1. Dezember beginnen. Wir wollen auch, dass sich die private Fürsorge auf diesen Termin festlegt.

Wir stellen uns vor, dass der Hilfebedürftige, wenn er vom Fürsorgeinstitut mit einer Anweisung versehen ist, sich, falls er fertiggerechtes Essen wünscht, an irgendeine Küche wendet, mit der wir Verträge abgeschlossen haben. Es ist uns ganz gleichgültig, ob eine private Vereinigung, ein Wirt oder sonst jemand sich verpflichtet, gegen bestimmtes Entgelt zu kochen. Wir wollen auch keinen Zwang bei der Wahl dieser Küchen auf den Hilfebedürftigen ausüben. Auch diese Verteilung soll bei den verschiedensten Stellen stattfinden. Es ist uns ganz gleichgültig, ob diese Stelle ein Kaufmann, ein Konsumverein oder sonst irgendwer ist.

Ich möchte noch hinzufügen, dass die bewährte Aktion "Jugend in Not" mit der Aktion "Winterhilfe" im engen Zusammenhang stehen wird. Die "Aktion

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 16. Oktober 1931.

"Jugend in Not" soll aber selbstständig in derselben Art und Weise wie im Vorjahr geführt werden.

Bei all diesen Dingen muss man sehr gut überlegen, wie man sich gegen eine Doppelbeteiligung schützt. Wir sind der Ueberzeugung, dass die höchste Oekonomie von grösster Bedeutung ist. Wir wollen eine Kontrolle durch führen, die einen Missbrauch unmöglich macht.

Es ist natürlich notwendig, dass Geld für die Winterhilfe aufgebracht wird. Die Herren Bundesminister haben bereits Mittel zugesagt. Es ist selbstverständlich, dass auch die Gemeinde Wien beisteuern wird. Es liegt der Gemeinde vollkommen ferne, irgendetwas zu ersparen. Wir erwarten aber auch, dass sich Menschen, die in Arbeit stehen und sich eines grösseren oder kleineren Einkommens erfreuen, mithelfen werden. Wir wollen hoffen, dass das der letzte harte Winter sein wird, und wollen nicht glauben, dass unser Volk immer auf Hilfe angewiesen sein wird."

Der Pressekonferenz lag auch der Aufruf zur Winterhilfe vor, der von den Behörden und den wirtschaftlichen, sozialen und Fürsorgeorganisationen unterfertigt ist, die im Kuratorium der Aktion "Winterhilfe" vertreten sind.

Aufruf zur Winterhilfe.

Die Wirtschaftskrise, die alle Staaten bedrückt, muss sich auch in Oesterreich, vor allem in den grösseren Industriezentren, mit ihren furchtbaren Auswirkungen geltend machen. Armut und Not, verschärft durch die Unbill der Witterung, werden unerträglich. Mit Bangen sehen in unserer Stadt tausende Familien Ausgesteuerter und Arbeitsloser dem kommenden Winter entgegen und verlangen mit Recht, dass sich die Gesellschaft ihrer annimmt. Gesetzgebung und Verwaltung werden wohl pflichtgemässe Hilfe leisten, doch ist es kaum zweifelhaft, dass der beherrschende Apparat unseres armen Landes der Not nicht in jenem Masse zu steuern vermag, das Menschenwürde und Nächstenliebe fordern.

Angehörige der staatlichen und städtischen Verwaltung, Leiter sozialer Organisationen, Vorstände privater Fürsorgevereinigungen haben sich daher zusammengetan und ein Kuratorium gebildet, in dem Angehörige aller Richtungen, ohne Rücksicht auf ihr religiöses oder politisches Bekenntnis, in gemeinsamer Arbeit versuchen sollen, die Not des Winters über die pflichtgemässige Obsorge hinaus zu lindern. Ein ähnliches Kuratorium ist im vergangenen Jahr einwandfrei und klaglos als Kuratorium "Jugend in Not" wirksam gewesen. In derselben Weise soll nun huer das für die "Winterhilfe" zu bildende Kuratorium arbeiten.

Das Kuratorium, in das die zuständigen Ministerien, die Gemeinde Wien und selbstverständlich auch alle übrigen Organisationen ihre Vertreter entsenden, soll zwar weder die Hilfe, die gutgesinnte Menschen ihren Nächsten gleichsam von Mensch zu Mensch angedeihen lassen wollen, noch die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 16. Oktober 1931.

Hilfeleistung der humanitären Vereinigungen behindern, es soll aber unregelmäßige Parallelaktionen, die zur Vergewandung von Geld und Material führen müssen, zu verhüten trachten.

Das Kuratorium soll in weitausgreifendem Masse, vor allem für die Verpflegung der Notleidenden sorgen, sei es durch Verabreichung garkochter Gerichte, sei es durch Beistellung von Lebensmitteln und Heizmaterial.

Daher wendet sich das Kuratorium an alle, zur Linderung der Not beizutragen. Wenn alle, jeder einzelne nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen, beisteuern, dann wird das Kuratorium im Stande sein, in erster Linie den ausgesteuerten Arbeitslosen, dann aber auch den übrigen Notleidenden unserer Stadt wenigstens die notwendigste Hilfe in diesem Winter angedeihen zu lassen.

Spenden und Unterstützungen sowie auf die Aktionen bezughabende Anfragen wären zu richten an die Geschäftsstellen der "Winterhilfe", Wien, I., Rathausstrasse 9 (Wohlfahrtsamt), oder Wien, I., Ebendorferstrasse 7 (Kammer für Arbeiter und Angestellte).

Bundesministerium für soziale Verwaltung: Dr. Josef Resch, Bundesminister;
Bundesministerium für Handel und Verkehr: Eduard Heinl, Bundesminister;
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: Dr. Engelbert Dollfuss, Bundesminister;
Gemeinde Wien: Karl Seitz, Bürgermeister, Univ.-Prof. Dr. Julius Tandler, amtsführender Stadtrat für das Wohlfahrtswesen der Gemeinde Wien;
Sozialdemokratische Parteiorganisation Wien: Nat.-Rat Johann Pölzer, Obmann, Nat.-Rat. Albert Sever, Obmann-Stellvertreter; Wiener christlichsoziale Parteileitung: Nationalrat Leopold Kunschak, Obmann; Grossdeutsche Partei: Prof. Dr. Viktor Miltschinsky, Obmann; Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien: Karl Weigl, Präsident, Dr. Edmund Palla, Erster Sekretär; Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien: Bundeskanzler a. D. Ernst Strocuwitz, Präsident; Industrielle Bezirkskommission: Dr. Robert Lang, Vorsitzender, Dr. Adolf Haberler, Geschäftsführer; Wiener Industriellenverband: Dr. Ing. Walter Mellier, Präsident; Gremium der Kaufmannschaft: Leopold Langer, Präsident; Bund der freien Gewerkschaften Oesterreichs: Nationalrat Johann Schörsch, Vorsitzender-Stellvertreter; Landeskommission Wien der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften: Bundesrat Dr. Franz Homala, Obmann; "Societas": Gemeinderätin Marie Bock Vorsitzende; Caritasverband: Dr. Josef van Tongelen, Generaldirektor; Evangelischer Zentralverein für Innere Mission: Dr. Hans Jaquemar, Direktor; Zentralkommission für soziale Fürsorge der israelitischen Kultusgemeinde Wien: Dr. J. Klaber, Obmann; Hauptstelle gewerblicher Arbeitsgeberverbände: Johann Geissler, Präsident; Wiener Gewerbetreibendenschaftsverband: Nat.-Rat Bernhard Ellend, Vorsteher; Niederösterreichischer Gewerbeverein: Dr. Otto Böhler, Präsident; der Geschäftsführer der Aktion "Winterhilfe": Anton Kimml.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 328
KARL HONAY

Wien, am 17. Oktober 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Stadtsenatssitzung findet eine Sitzung der Wiener Landesregierung statt.

Der Wiener Landtag tritt am kommenden Freitag um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen. Unmittelbar nach Schluss dieser Sitzung des Wiener Landtages findet eine Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien statt.

Exemplarische Bestrafung wegen Irreführung der Feuerwehr.

Immer wieder kommt es vor, dass die Wiener Feuerwehr durch Meldungen über angebliche Brände absichtlich irreführt wird. Durch solche Bubenstreiche, die die Feuerwehr zu unnötigen Ausrückungen veranlassen, wird natürlich die Feuerschutzbereitschaft geschwächt, es entstehen dadurch aber auch namhafte Kosten. Die Irreführung der Feuerwehr ist selbstverständlich gerichtlich strafbar. Erst in letzter Zeit ist ein Kontorist, der im Mai des heurigen Jahres die Feuerwehr mutwillig alarmiert hatte, vom Bezirksgericht Floridsdorf wegen Uebertretung des Missbrauches von Netzzeichen und wegen Uebertretung der boshafte Beschädigung fremden Eigentums verurteilt worden; das Gericht hat eine Strafe von 1 Monat strengen Arrests unbedingt verhängt und den Schuldigen überdies zum Ersatz der der Gemeinde Wien durch die unnötige Ausrückung erwachsenen Kosten verpflichtet. Aus der Begründung des Urteiles geht hervor, dass der verurteilte Kontorist Franz F. einen Feuerwehrautomaten durch Eindringen der Glasscheibe mutwillig betätigt hatte, ohne dass ein Anlass dazu vorhanden war.

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs.

In der Nacht von Montag auf Dienstag wird die Bahnhofrundlinie wegen Gleisarbeiten auf dem Margaretengürtel statt über den äusseren Mariahilfer Gürtel über den inneren Mariahilfer Gürtel-Gurpendorferstrasse-Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorferplatz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Strassenbahnverkehr zum Zentralfriedhof in der Allerheiligenwoche.

Ausser der Linie 71 (Wallfischgasse-Rennweg-Zentralfriedhof) werden in der Allerheiligenwoche nach Massgabe des Bedarfes noch folgende Strassenbahnlinien zum Zentralfriedhof geführt werden:

Am Samstag, den 24. Oktober: Nur nachmittags die Linien 6 (Geiselbergstrasse) und 74 (Landstrasse-Hauptstrasse).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 17. Oktober 1931.

Am Sonntag, den 25. Oktober: Im Bedarfsfalle vormittags und nachmittags die Linien 6, 33 (Klesterneuburgerstrasse), 35 (ab Viriotgasse-Perzellangasse), 42 (Kreuzgasse) und 74 (Landstrasse -Hauptstrasse); nur nachmittags die Linien 18 und 63 (Geiselbergstrasse).

Am Montag, den 26. Oktober, Dienstag, den 27. Oktober, und Mittwoch, den 28. Oktober: Vormittags und nachmittags die Linien 6 und 74; nachmittags im Bedarfsfalle die Linie 35.

Am Donnerstag, den 29. Oktober, und Freitag, den 30. Oktober: Vormittags und nachmittags die Linien 6 und 74; nachmittags im Bedarfsfalle noch die Linien 18 und 35.

Am Samstag, den 31. Oktober: Vormittags und nachmittags die Linien 6, 33, 35 und 74; nachmittags ausserdem noch die Linien 18, 42 und 43.

Am Sonntag, den 1. November: Vormittags und nachmittags die Linien 6, 13 (Margaretenplatz), 18, 22 (Praterstrasse), 29 (Dresdnerstrasse), 33, 35, 41, 42, 43, 46, 63 und 74.

Am Montag, den 2. November: Vormittags und nachmittags die Linien 6, 18, 33, 35 und 74; nachmittags nach Bedarf überdies die Linien 42, 43 und 63.

Der Betrieb der Linie F wird am Sonntag, den 1. November, während der ganzen Betriebsdauer eingestellt; als Ersatz in der Währingerstrasse wird die Pendellinie 42 (Schottenring-Währingerstrasse-Kreuzgasse), als Ersatz in der Landstrasse-Hauptstrasse die Pendellinie 74 (Wollzeile-Landstrasse-Hauptstrasse-St. Marx, beziehungsweise Zentralfriedhof) geführt.

Der Betrieb der Linie 72 (Schwechat) wird am Sonntag, den 25. Oktober, Samstag, den 31. Oktober, Sonntag, den 1. November, und Montag, den 2. November, von 14 Uhr bis 18 Uhr gänzlich eingestellt.

.....
Morgen, Sonntag, der Autoverkehr in der Prater-Hauptallee erlaubt.

Morgen, Sonntag, ist in der Zeit von 12 Uhr bis 20 Uhr anlässlich der Freudenauer Rennen und der Spiele im Stadion der Verkehr von Benzin-kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Krafträdern, Lastwagen und Gesellschaftswagen in der Prater-Hauptallee in ihrer ganzen Ausdehnung gestattet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

329

Wien, am 19. Oktober 1931.

Die Wiener städtischen Unternehmungen.

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Unternehmungen der Gemeinde Wien.

Bericht über das zweite Vierteljahr des heurigen Jahres.

Die Wiener städtischen Unternehmungen haben dem Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen in dessen letzter Sitzung einen Bericht über die wichtigsten Geschäftsfälle im zweiten Quartal des heurigen Jahres vorgelegt. Aus dem Berichte kann man entnehmen, dass die furchtbare Wirtschaftskrise sich natürlich auch bei einigen städtischen Unternehmungen ausgewirkt hat. Die Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung, die ungeheure Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkungstendenzen zwingen die Menschen zu den allergrössten Einschränkungen; es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn auch Stromkonsum und Strassenbahnfrequenz sinken. Trotz der Krise haben jedoch manche Geschäftszweige der städtischen Unternehmungen günstiger abgeschnitten als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres; es ist beispielsweise bei der Gasabgabe eine, allerdings nicht grosse Steigerung zu verzeichnen.

Die städtischen Gaswerke haben im zweiten Quartal des heurigen Jahres insgesamt 74,260.680 Kubikmeter Gas abgegeben; da im zweiten Vierteljahr 1930 bloss 72,937.050 Kubikmeter Gas abgegeben worden waren, ist somit die Gasabgabe gegenüber dem Vorjahre um fast 2 Prozent gestiegen. Auch die Zahl der neuen Zuleitungen für Gasabnehmer ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen; der Bericht führt für das zweite Quartal des heurigen Jahres 611 solche Zuleitungen gegenüber 571 Zuleitungen im zweiten Quartal des Vorjahres an. Gefallen ist die Zahl der neuen Gasmesser-Anschlüsse; während im zweiten Vierteljahr 1930 noch 5.560 solche Neuanschlüsse durchgeführt worden waren, waren es im gleichen Zeitraum des heurigen Jahres bloss 4.148. Dabei mag allerdings auch der Umstand eine sehr grosse Rolle spielen, dass die Bevölkerung Wiens schon fast zur Gänze Gasleitungen zu Leucht- und Heizzwecken besitzt. Immerhin ist jedenfalls die Zahl der in Verwendung stehenden Gasmesser gegenüber dem Vorjahre wesentlich gestiegen. Während nämlich am 30. Juni 1930 insgesamt 473.574 Gasmesser in Wien in Verwendung standen, waren es am 30. Juni 1931 um fast 14.000 Gasmesser mehr, nämlich 487.076. Der Verkauf an Gasgeräten ist gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres zurückgegangen, und zwar von 3.251 auf 2.188; dagegen ist der Verkauf von Koksöfen gestiegen, und zwar von 48 auf 53. Aus dem Berichte geht auch hervor, dass der Verkauf von Koks und Benzolkohlenwasserstoffen im zweiten Vierteljahr 1931 ungefähr dem im gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres entspricht, dass dagegen der Absatz von Ammoniak gegenüber dem Vorjahre gestiegen, der Absatz von Teer gefallen ist. Die Absatzsenkung beim Teer ist unzweifelhaft auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückzuführen. Tatsächlich wurden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 19. Oktober 1931.

im zweiten Quartal des heurigen Jahres 452.923 Zentner Koks, 15.372 Zentner Benzolkohlenwasserstoffe, 62.929 Zentner Teer und 4.897 Zentner Ammoniak, im zweiten Quartal des Vorjahres 453.521 Zentner Koks, 15.317 Zentner Benzolkohlenwasserstoffe, 74.360 Zentner Teer und 4.408 Zentner Ammoniak verkauft und geliefert. Am 30. Juni 1931 waren in Wien 19.509 Gasflammen der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Betrieb, am 30. Juni 1931 waren es noch 20.608; die Verminderung ist auf die weitere Ausgestaltung der elektrischen Straßenbeleuchtung zurückzuführen.

Aus dem Berichte der städtischen Elektrizitätswerke ergibt sich bei der Summe der Stromerzeugung der Kraftwerke und des Fremdstrombezuges gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres eine Senkung um viereinhalb Prozent, von 124.480.539 Kilowattstunden auf 118.903.502 Kilowattstunden. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Strombezug aus Wasserkraftwerken gegenüber dem Vorjahre wesentlich gestiegen, der Strombezug aus den Dampfkraftwerken gesunken ist. Beim Stromverbrauch zeigt sich im zweiten Vierteljahr des heurigen Jahres gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1930 bei Straßenbahnen und Stadtbahn eine Abnahme um 3 Prozent, bei den übrigen Bahnen eine Abnahme um 6 Prozent und bei der allgemeinen Licht- und Kraftabgabe ebenfalls eine Abnahme um 6 Prozent, dagegen bei der Stromabgabe für öffentliche Beleuchtung eine Zunahme um 5 Prozent. Abgegeben wurde im zweiten Quartal 1931 für Straßenbahnen und Stadtbahn insgesamt 33.781.000 Kilowattstunden, für die übrigen Bahnen 1.690.000 Kilowattstunden, für die öffentliche Beleuchtung 4.335.000 Kilowattstunden und bei der allgemeinen Licht- und Kraftabgabe 79.097.502 Kilowattstunden, im zweiten Quartal 1930 für Straßenbahnen und Stadtbahn 34.692.000 Kilowattstunden, für die übrigen Bahnen 1.807.800 Kilowattstunden, für die öffentliche Beleuchtung 4.131.000 Kilowattstunden und bei der allgemeinen Licht- und Kraftabgabe 83.849.739 Kilowattstunden. Die öffentliche elektrische Straßenbeleuchtung zeigt einen Zuwachs von 674 Lampen mit 131 Kilowatt und 12'1 Kilometer Streckenlänge. 3.511 neue Anlagen mit einem Anschlusswert von insgesamt 6.538 Kilowatt wurden dem Stromnetz angeschlossen; am 30. Juni 1931 konnten die städtischen Elektrizitätswerke 634.356 Anlagen ausweisen. Auch bei der Zahl der Zähler ergibt sich ein Zuwachs um 3.461.

Der Bericht der städtischen Straßenbahnen weist beim Verkehr der Straßenbahnen und Stadtbahn gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres durchwegs Abnahmen, beim Autobusbetrieb jedoch durchwegs Zunahmen auf. Im zweiten Quartal 1931 standen bei der Straßenbahn und Stadtbahn täglich durchschnittlich 2.911 Wagen in Betrieb, um 2'7 Prozent weniger als nach dem Tagesdurchschnitt im gleichen Zeitraum des Vorjahres; auf die Straßenbahn entfallen 2.633 Wagen - Abnahme gegenüber dem Vorjahre 2'3 Prozent-, auf die Stadtbahn 278 Wagen - Abnahme gegenüber dem Vorjahre

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 19. Oktober 1931.

6'4 Prozent. Die Zahl der Nutzkilometer der Personenwagen der Strassenbahn und Stadtbahn im zweiten Vierteljahr des heurigen Jahres betrug 38.001.404, um 4'9 Prozent weniger als im zweiten Vierteljahr des Vorjahres. und zwar bei der Strassenbahn 32,401.868 Kilometer, bei der Stadtbahn 5,599.536 Kilometer. Die Abnahme gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres beträgt bei der Strassenbahn 5'2 Prozent, bei der Stadtbahn 3'5 Prozent. Strassenbahn und Stadtbahn beförderten in den Monaten April, Mai und Juni insgesamt 152,330.246 Personen, um 4'6 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des vorigen Jahres. Bei den Einzelfahrscheinen ergibt sich gegenüber dem Vorjahre eine Abnahme um 4 Prozent, und zwar beim Schaffnerverkauf 4'1 Prozent, beim Vorverkauf 3'8 Prozent, bei den Zeitkarten 6'3 Prozent, und zwar bei den Netzkarten 6'7 Prozent, bei den Streckenkarten 5'9 Prozent. Im zweiten Quartal des heurigen Jahres wurden von den Schaffnern insgesamt 70,509.428, im Vorverkauf insgesamt 44,753.424, zusammen also 115,262.852 Einzelfahrscheine abgesetzt. Die Zahl der mit Zeitkarten beförderten Fahrgäste betrug im zweiten Quartal des heurigen Jahres 37,067.394, wovon auf Netzkarten 21,362.692, auf Streckenkarten 15,704.702 Fahrgäste entfallen. Im Autobusbetrieb betrug in der Berichtszeit die Zahl der Nutzkilometer im Tagverkehr 856.855, die Zahl der im Tagverkehr beförderten Personen 7,397.252; das bedeutet gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres bei der Zahl der Nutzkilometer eine Steigerung um 0'2 Prozent, bei der Zahl der beförderten Personen eine Steigerung um 1'8 Prozent. Noch grösser ist die Steigerung im Nachtverkehr, hier beträgt sie nämlich bei der Zahl der Nutzkilometer 3'5 Prozent, bei der Zahl der beförderten Personen 3'9 Prozent; insgesamt betrug im zweiten Quartal 1931 die Zahl der Nutzkilometer im Nachtverkehr 47.229, die Zahl der im Nachtverkehr beförderten Personen 228.804.

Die städtische Leichenbestattung weist in ihrem Berichte über das zweite Quartal des heurigen Jahres 2.746 vollbezahlte Bestattungen gegenüber 2.858 vollbezahlten Bestattungen im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres aus. Die Zahl der kostenlos durchgeführten Leichenbegängnisse ist von 403 im zweiten Quartal 1930 auf 405 in der Berichtszeit gestiegen. Während im zweiten Vierteljahr des vorigen Jahres in 2.033 Fällen von der städtischen Leichenbestattung Teilleistungen bei Leichenbegängnissen zu erbringen waren, waren im zweiten Vierteljahr des heurigen Jahres ^{bei} 2.107 Leichenbegängnissen solche Leistungen zu erbringen.

Im Berichte des Brauhauses der Stadt Wien zeigt sich die allgemein bekannte Senkung des Bierkonsums gegenüber dem Vorjahre. Der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 19. Oktober 1931.

Biervertrieb des städtischen Brauhauses weist im zweiten Vierteljahr des heurigen Jahres 96.384 Hektoliter gegenüber 114.109 Hektolitern im gleichen Abschnitt des Vorjahres aus.

Bei der städtischen Ankündigungsunternehmung war der Gesamtumsatz im zweiten Quartal 1931 um ungefähr 4'5 Prozent höher als im zweiten Quartal 1930. Dabei ergab sich in dem Betriebszweig "Verkehrsmittel" ein Abfall um ungefähr 0'9 Prozent, im Betriebszweig "Sonstige Reklamo" jedoch eine Steigerung um ungefähr 12 Prozent.

Verhaftung eines Wohnungsschwindlers.

Der Polizei ist es gelungen, jenen Wohnungsschwindler zu verhaften, der in der letzten Zeit wohnungssuchende Parteien aufsuchte, vorgab, ein Beamter des Wohnungsamtes zu sein, und den Parteien Geld entlockte. Es ist dies der 42jährige Rudolf Heilig, der schon wegen vielfacher Betrügereien abgestraft und als tschechoslowakischer Staatsbürger landesverwiesen ist. Heilig ist bereits dem Landesgerichte eingeliefert worden. Bis jetzt konnten ihm sieben der geschilderten Betrugsfälle nachgewiesen werden; da aber die Zahl der geschädigten Personen weitaus grösser sein dürfte, werden alle Parteien, die diesem Betrüger zum Opfer gefallen sind, aufgefordert, sich beim Polizeikommissariat Leopoldstadt zu melden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

330

Wien, am 20. Oktober 1931.

Aktion "Winterhilfe"

Die ersten Spenden für das überparteiliche Hilfswerk.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Aufrufes der Aktion "Winterhilfe" sind bereits die ersten grösseren Spenden eingelangt.

Bundesminister Dr. Josef Resch stellt der Aktion vor-
derhand den Betrag von 20.000 Schilling zur Verfügung. Die seinerzeit
von Kommerzialrat Julius Meinl sen., Generaldirektor Kurt Schechner
und Julius Meinl jun. gewidmeten Beträge von insgesamt 70.000 Schil-
ling werden für Lebensmittelpakete für die Arbeitslosen des gesamten
Bundesgebietes, und zwar als Weihnachtsspende, Verwendung finden. Ferner
haben die "Erste Oesterreichische Maschinglasindustrie A.G., Maria The-
resienstrasse 16, der Aktion den Betrag von 4.000 Schilling, die Eau
d'Cologne und Parfümeriefabrik, Köln, Glockengasse 4711, Zweigniederlas-
sung Wien, den Betrag von 3.000 Schilling und zahlreiche Spender kleine-
re Beträge zur Verfügung gestellt. Die in der Tagespresse bereits
verlautbarte Spende der Brotfabriken, und zwar 78⁵ Laib Brot pro Tag,
steht der Aktion "Winterhilfe" gleichfalls zur Verfügung.

Die Aktion "Winterhilfe" ersucht, Spenden an die Ge-
schäftsstelle, I., Rathausstrasse 9 (Wohlfahrtsamt), zu richten.

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt.

Die Bezirksvertretung Innere Stadt tritt am Montag, den
26. Oktober, um 18 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sit-
zung zusammen.

Abendkurse für Hausgehilfinnen an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brücken-
gasse 3, beginnen am 1. November neue Abendkurse für Hausgehilfinnen.
In den Kursen wird Kochen, Kleidermachen, Weissnähen und Flickern un-
terrichtet. Anmeldungen und Auskünfte in der Schulleitung, Telefon
B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
KARL HONAY

331

Wien, am 21. Oktober 1931.

Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Wenzel und Anna Becvar, Leopold und Franziska Lotter, Anton und Marie Himmelmayer, Kaspar und Franziska Ondracek, Hermann und Amalia Ungerböck und Johann und Magdalena Wippel das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Verkehrsregelung in der Boschstrasse und auf dem Kreilplatz in Döbling.

Die Boschstrasse in Döbling hinter dem Karl-Marxhof und der dort gelegene Teil des Kreilplatzes sind nicht als Durchzugsstrassen für den Verkehr von schweren Lastkraftwagen und Schwerfuhrwerken gebaut, weshalb es nötig ist, diesen Durchzugsverkehr von der Boschstrasse abzulenken. Als Strasse für den Durchzugsverkehr genügt die Heiligenstädterstrasse volllauf. Die Verwendung der Boschstrasse als Parkplatz für Kraftstellwagen bei grösseren Veranstaltungen auf dem Sportplatz "Hohe Warte" soll jedoch aufrecht bleiben.

Zur Durchführung der notwendigen Verkehrsregelung ist daher auf Grund des Wiener Strassenpolizeigesetzes eine Verordnung erlassen worden, in der es heisst :

I. Die Durchfahrt durch die Boschstrasse in dem Teile zwischen der Guroldstrasse und dem Kreilplatz und durch den Kreilplatz ist für Schwerfuhrwerke, das sind Fuhrwerke, die durch Bauart und Einrichtung zur Beförderung von schweren Lasten bestimmt sind, für Kraftfahrzeuge, deren betriebsfertiges Gewicht im beladenen Zustand 6 Tennen überschreitet, und für Kraftfahrzeuge mit Anhänger verboten. Ausgenommen von diesem Verbot sind die Kraftstellwagen, denen anlässlich von Veranstaltungen auf dem Sportplatz Hohe Warte die Boschstrasse als Parkplatz zugewiesen ist.

II. Uebertretungen dieser Verordnung werden von der Bundespolizeidirektion nach § 79 des Wiener Strassenpolizeigesetzes mit Geldstrafen bis zu 500 Schilling, bei erschwerenden Umständen mit Arrest bis zu 4 Wochen bestraft, der an Stelle oder neben der Geldstrafe verhängt werden kann.

Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus.

Morgen, Donnerstag, findet um 6 Uhr abends eine Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus statt.

Abendkurse für Hausgehilfinnen an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, beginnen am 1. November neue Abendkurse für Hausgehilfinnen. In den Kursen wird Kochen, Kleidermachen, Weissnähen und Flickern unterrichtet. Anmeldungen und Auskünfte in der Schulleitung, Telefon B 25-4-19.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

332

Wien, am 22. Oktober 1931.

Sitzungen des Wiener Landtages und des Gemeinderates der Stadt Wien.

Morgen, Freitag, tritt um 5 Uhr nachmittags der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen. Unmittelbar nach Schluss der Sitzung des Wiener Landtages findet eine Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien statt.

Der Verfassungsgerichtshof über die Hauspersonalabgabe.

Die Verfassungsmässigkeit des Hauspersonalabgabegesetzes.

Kürzlich verhandelte der Verfassungsgerichtshof über eine Beschwerde des Rechtsanwaltes Dr. Hans Gürtler gegen eine Entscheidung der Abgabenberufungskommission, durch die dem Beschwerdeführer eine Hauspersonalabgabe für einen weiblichen und einen männlichen Hausgehilfen vorgeschrieben worden war. In der Beschwerde wurde behauptet, dass durch den Bescheid der Abgabenberufungskommission das Recht auf Unverletzlichkeit des Eigentums und das Recht der Gleichheit aller vor dem Gesetz verletzt worden sei. Nach den Ausführungen der Beschwerde sei nämlich das Hauspersonalabgabegesetz in seinem ganzen Inhalt, insbesondere aber Paragraph 2, Absatz 2, des Gesetzes, verfassungswidrig. Eine Hauspersonalabgabe werde nur im Lande Wien eingehoben; dadurch werde der in Wien ansässige Bundesbürger bei der Vorschreibung der Abgabe in dem Rechte der Gleichheit, bei der Einhebung in der Unverletzlichkeit des Eigentums verletzt.

Der Verfassungsgerichtshof hat die Beschwerde als unbegründet abgewiesen und den Beschwerdeführer verpflichtet, die mit 100 Schilling bestimmten Prozesskosten der Gemeinde Wien binnen 14 Tagen zu bezahlen. In dem Erkenntnis hat der Verfassungsgerichtshof ausdrücklich erklärt, dass der Beschwerdeführer Rechtsanwalt Dr. Hans Gürtler durch den angefochtenen Bescheid der Abgabenberufungskommission in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht nicht verletzt worden sei.

In der Begründung des Erkenntnisses wird ausgeführt, dass der Verfassungsgerichtshof keinen Anlass gefunden habe, an der Verfassungsmässigkeit des Hauspersonalabgabegesetzes ein Bedenken zu hegen. Die Hauspersonalabgabe stelle sich nach § 4 des Finanzverfassungsgesetzes als eine ausschliessliche Landes- oder Gemeindeabgabe dar. Die Kompetenz der Bundesländer sei im § 7 des Finanzverfassungsgesetzes geregelt. Eine Einschränkung in dem Sinne, dass ein Land eine ausschliessliche Landes- (Gemeinde-) Abgabe nur einführen dürfe, wenn auch alle anderen Bundesländer diese Abgabe einführen, sei nirgends festgelegt und würde dem bundesstaatlichen Prinzip und dem Grundsatz der Abgabenaufteilung widersprechen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 22. Oktober 1931.

Aber auch § 2, Absatz 2, des Hauspersonalabgabegesetzes bietet keinen Anlass zu verfassungsrechtlichen Bedenken. Eine Verletzung unter dem Gesichtspunkte der rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter läge nur vor, wenn der einzelne Steuerpflichtige nach seiner Zugehörigkeit zum männlichen oder weiblichen Geschlecht rechtlich verschieden gestellt würde. Eine solche ungleiche Behandlung der Geschlechter in Ansehung des Steuerobjektes findet jedoch keineswegs statt. Eine Verschiedenheit bestehe nur hinsichtlich der Steuerobjekte, nämlich der Hausgehilfen.

Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten.

Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten findet am Freitag, den 30. Oktober, um 4 Uhr nachmittags statt.

Aktion "Winterhilfe".

Beratungen mit den Handelsgenossenschaften und mit den Gastwirten.

Gestern fand beim Vorsitzenden der Aktion "Winterhilfe", amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler, eine Aussprache der Vertreter der Handelsgewerbe und der Wiener Gastwirte über die allgemeinen Grundsätze für die Zusammenarbeit dieser gewerblichen Körperschaften mit der Aktion "Winterhilfe" statt.

An der Besprechung nahmen für die Genossenschaft der nichtprotokollierten Handelsleute die Vorsteher Kammerrat Diestler, Kammerrat Friedmann und Matzka, vom Handelsgremium für den 12., 13., 14. und 15. Bezirk Vorsteher Kammerrat Zeckl und Gemeinderat Piller, für das Handelsgremium Hornals Vorsteher Kommerzialrat Wimmer, Präsident Kommerzialrat Plass und Vorsteher Diamant und von den Wiener Gastwirten Vorsteher Holzmann, Kammerrat Stegbauer und die Herren Hoffmann, Kysilka, Metzger, Mihatich und Schaffhaubt teil. Die Aussprache ergab dass das Kuratorium der Aktion "Winterhilfe" von den gleichen Absichten geleitet ist wie die Vertreter der gewerblichen Körperschaften, die in dankenswerter Weise ihre Mitarbeit und Unterstützung in Aussicht gestellt haben.

Spenden für die Aktion "Winterhilfe" nimmt die Geschäftsstelle der Aktion, I., Rathausstrasse 9 (Wohlfahrtsamt), entgegen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

333

Wien, am 23. Oktober 1931.

Bürgermeister Seitz unpässlich.

Infolge einer Erkältung muss Bürgermeister Seitz über ärztliches Anraten sich einige Tage hindurch der Teilnahme an Sitzungen und anderen Veranstaltungen enthalten. In seinen übrigen Amtsgeschäften ist er nicht behindert.

Strassenbahnverkehr zum Zentralfriedhof in der Allerheiligenwoche.

Ausser der Linie 71 (Wal fischgasse-Rennweg -Zentralfriedhof) werden in der Allerheiligenwoche nach Massgabe des Bedarfes noch folgende Strassenbahnlinien zum Zentralfriedhof geführt werden:

Morgen, Samstag: Nur nachmittags die Linien 6 (Geiselbergstrasse) und 74 (Landstrasse-Hauptstrasse).

Uebermorgen, Sonntag: Im Bedarfsfalle vormittags und nachmittags die Linien 6, 33 (Klosterneuburgerstrasse), 35 (ab Viriotgasse-Porzellan-gasse), 42 (Kreuzgasse) und 74 (Landstrasse-Hauptstrasse); nur nachmittags die Linien 18 und 63 (Geiselbergstrasse).

Am Montag, den 26. Oktober, Dienstag, den 27. Oktober, und Mittwoch, den 28. Oktober: Vormittags und nachmittags die Linien 6 und 74, nachmittags im Bedarfsfalle die Linie 35.

Am Donnerstag, den 29. Oktober, und Freitag, den 30. Oktober: Vormittags und nachmittags die Linien 6 und 74, nachmittags im Bedarfsfalle noch die Linien 18 und 35.

Am Samstag, den 31. Oktober: Vormittags und nachmittags die Linien 6, 33, 35 und 74; nachmittags ausserdem noch die Linien 18, 42 und 43.

Am Sonntag, den 1. November: Vormittags und nachmittags die Linien 6, 13 (Margaretenplatz), 18, 22 (Praterstrasse), 29 (Dresdnerstrasse), 33, 35, 41, 42, 43, 46, 63 und 74.

Am Montag, den 2. November: Vormittags und nachmittags die Linien 6, 18, 33, 35 und 74; nachmittags nach Bedarf überdies die Linien 42, 43 und 63.

Der Betrieb der Linie F wird am Sonntag, den 1. November, während der ganzen Betriebsdauer eingestellt; als Ersatz in der Währingerstrasse wird die Pendellinie 42 (Schottenring-Währingerstrasse-Kreuzgasse), als Ersatz in der Landstrasse-Hauptstrasse die Pendellinie 74 (Wollzeile-Landstrasse-Hauptstrasse-St. Marx, beziehungsweise Zentralfriedhof) geführt.

Der Betrieb der Linie 72 (Schwechat) wird am Sonntag, den 25. Oktober, Samstag, den 31. Oktober, Sonntag, den 1. November, und Montag, den 2. November, von 14 Uhr bis 18 Uhr gänzlich eingestellt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

334

Wien, am 23. Oktober 1931.

WIENER LANDTAG.

Sitzung vom 23. Oktober 1931.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Der Präsident hält zunächst dem verstorbenen Landtagsabgeordneten Peter Schön einen Nachruf.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingegangen.

Abg. Max Wagner referiert über das Gesetz über den Schutz der Kulturpflanzen und ihren Schutz.

Abg. Dr. Hengl (E.L.) erklärt, seine Parte habe im allgemeinen gegen dieses Gesetz, der sich im Ganzen und Grossen an den Musterentwurf des Ackerbauministeriums anschliesst, nicht einzuwenden. Nur möchte er einige Abänderungsanträge stellen. So den Antrag, dass im § 7, Absatz 1 die Möglichkeit eines Vorschusses seitens der Gemeinde Wien festgelegt wird, weil die Vorbeugungs- und Bekämpfungsmassnahmen oft lange Zeit dauern. Dann einen Antrag, wonach die Vorbeugungs- und Bekämpfungsmassnahmen, wenn sie aktuell sind, der Bevölkerung in Erinnerung gebracht werden sollen. Ferner soll in einem neuen § 15 das Aussetzen von Prämien für das Sammeln von Schädlingen ermöglicht werden. ^{Warten} ~~Es~~ müsste auch im Landesgesetz die Stempel- und Gebührenfreiheit aller Eingaben in Pflanzenschutzangelegenheiten festgelegt werden. Ferner ersucht Abg. Dr. Hengl bei der Berufung von pflanzenschutzlichen Sachverständigen sehr vorsichtig zu sein. Schliesslich spricht er die Erwartung aus, dass die Gemeinde Wien, die es auf den städtischen Grundstücken an der Unkrautbekämpfung sehr fehlen lasse, als Bodenbesitzerin nach dem neuen Gesetz ihre Pflichten erfüllen werde (Beifall bei der E.L.)

Das Gesetz wird unter Ablehnung der Anträge des Abg. Dr. Hengl in erster und zweiter Lesung angenommen.

Abg. Eisinger berichtet über das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien II um Zustimmung zur Verfolgung des Landtagsabgeordneten Millik. Es handelt sich um die Verfolgung nach § 335 und 337 St. G. Bei einem Bau in der Liebhartdalgasse 18, der vom Abg. Millik als Baumeister durchgeführt wurde, verunglückte ein Bauarbeiter durch Berührung der Starkstromleitung tödlich. Abg. Millik war zu dieser Zeit krank und hatte keine Möglichkeit, den Bau zu beaufsichtigen. Da Abg. Millik aber selbst ein Interesse daran hat, dass diese Angelegenheit zur Verhandlung kommt, ersucht er um seine Auslieferung, welchem Antrag auch das Immunitätskollegium stellt.

Abg. Kunschak (E.L.) erklärt, seine Partei werde für die Auslieferung stimmen, umso mehr, als Abg. Millik selbst Wert darauf legt, nicht seinem Richter entzogen zu werden. Bei diesem Anlasse möchte Abg. Kunschak auch über den Punkt 4 der Tagesordnung sprechen, indem

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 23. Oktober 1931

Wahlen in das Immunitätskollegium vorgeschien sind. Abg. Kunschak erinnert daran, dass vor ^{emem} Jahr die Mitglieder der Einheitsliste aus dem Immunitätsausschuss ausgetreten sind zum Protest gegen die Behandlung einzelner Immunitätsansuchen durch die Mehrheit des Ausschusses. Damals hat es sich um 2 Immunitätsfälle gehandelt, die sich auch auf das Verbrechen des Hausfriedensbruches und der öffentlichen Gewalttätigkeit bezogen. Es war offenbar, dass diese Tathandlungen nicht erfolgt waren. In Ausübung ^{des} Mandates und in keiner Weise mit der Ausübung des Mandates in Verbindung standen. Es ist nicht der Sinn des Immunitätsrechtes, Abgeordnete unter allen Umständen vor der gerichtlichen Verfolgung zu schützen und ihre Charakter- und Temperamentsveranlagung auf alle Fälle zu immunisieren. Das Immunitätsrecht hat lediglich den Zweck zu verhindern, dass Abgeordnete in Ausübung ihrer Funktionen Schwierigkeiten bereitet werden. Die Mehrheit des Immunitätskollegiums dagegen war der Meinung, sie habe auch private Angelegenheiten von Abgeordneten zu schützen. Es war eine Art Gefälligkeitsakt, der da erwiesen wurde, und man meinte, lieber das Recht beugen zu können, als darauf zu verzichten. Unsere Mitglieder haben damals dem Immunitätskollegium dagegen entschiedenst Verwahrung eingelegt, die Sache wurde auch im Landtag zur Sprache gebracht. Da alles vergeblich war, haben die Mitglieder der Einheitsliste zum Protest ihre Mandate niedergelegt.

Wenn wir uns nun entschlossen haben, diesen unseren Standpunkt aufzugeben und Vertreter in den Immunitätsausschuss wieder zu entsenden, so lediglich deshalb, weil wir glauben, dass unserem Protest durch unsere einjährige Absenz aus dem Ausschusse Rechnung getragen worden ist und weil wir hoffen, dass sich in Zukunft ein solches Verhalten nicht wieder ereignen wird. Wir behalten uns jedoch vor, alle Beschlüsse des Immunitätskollegiums auf ihre Gesetzlichkeit zu prüfen und gegebenenfalls die uns notwendig erscheinenden Konsequenzen zu ziehen (Lobhafter Beifall bei der E.L.)

Abg. Eisinger bemerkt hinzu, die Mehrheit des Immunitätskollegiums habe seinerzeit bedauert, dass die Abgeordneten der Minderheit ihre Mandate im Immunitätskollegium niedergelegt haben und ^{er} stelle nunmehr mit Freude fest, dass die Minderheit diesen ihren Standpunkt geändert habe. Aber auch die Mitglieder der Mehrheit haben von dem Immunitätsrecht dieselbe Auffassung, wie sie hier Abg. Kunschak zum Ausdruck gebracht hat. Wir haben gleich vom Anfang erklärt, dass wir nur in solchen Fällen Auslieferungsbegehren nicht stattgegeben werden, in denen ein politischer Zusammenhang besteht. Er verwahre sich namens der Mehrheit dagegen, dass es sich in den zwei vom Abg. Kunschak angezogenen Fällen um Gefälligkeitsakte gehandelt habe und dass eine Beugung des Rechtes stattgefunden hat (Lobhafter Beifall bei der Mehrheit).

Dem Auslieferungsbegehren wird stattgegeben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 23. Oktober 1951

Es werden sodann Nachwahlen in das Immunitätskollegium vorgenommen und zwar werden gewählt von der Einheitsliste die Abg. Erban, Dr. Hengl und Dr. Motzke, von der Mehrheit die Abg. Glöckel und Max Wagner.

St. R. Breitner berichtet über die Gesetzesvorlage betreffend die Aenderung des Gesetzes über die Beteiligung des Landes Wien an der Förderung der österreichischen Ausfuhr nach der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Mit der Förderung des Exportes nach Sowjetrußland hat sich der Wiener Landtag schon einigemal beschäftigt. Diesmal handelt es sich darum, den am 7. Februar 1930 gefassten Beschluss den derzeitigen Verhältnissen entsprechend umzugestalten. Die Gemeinde Wien hat zunächst eine selbstständige Aktion der Exportförderung unternommen und ein Teil der damals übernommenen Verpflichtungen läuft noch bis Ende Dezember 1952. Was diese Aktion betrifft, so wurden Aufträge von 10.837.609 Dollar durch Fakturen in Ordnung gebracht und es sind dementsprechend ^{Wachsel} Bürgschaften der Gemeinde ^{gegeben worden.} Es haben sich zwischenzeitig einzelne Stornierungen dieser Geschäfte ergeben und zum Schluss sind 7.307.680 Dollar als Haftverpflichtung der Gemeinde geblieben. Bis heute sind davon 3.683.289 Dollar Wechsel zur Einlösung gelangt, also fast genau die Hälfte. Der Rest wird bis Ende Dezember nächsten Jahres zur Einlösung kommen. Bisher hat sich weder hier noch an irgendeiner anderen Stelle irgendeine Störung in diesem Dienst der Zahlungen ergeben.

Als diese Aktion von der Gemeinde als beendet erklärt worden war, wurde eine Beteiligung an der Bundesaktion und zwar ^{im Ausmass} einer Faktursumme von 25 Millionen Schilling in Gold vorgesehen. Man konnte nach den damaligen Verhältnissen annehmen, dass man damit ziemlich angeht das Auslangen finden werde. Die Bestellungen sind aber reichlicher geflossen und schliesslich sind sowohl Industrielle wie auch die Arbeiterschaft in die Gemeinde herangetreten, sie möge diese Grenze erstrecken. Der Betrag der bei der Bundesaktion unter Haftung des Bundes und der Länder kommen kann, ist mit 100 Millionen Schilling festgelegt, es ist weiters festgelegt, in welchem Ausmass sich die Länder daran zu beteiligen haben. Bisher hat der Bund Aufträge im Ausmass von 47 Millionen Schilling unter Haftung übernommen, wovon 25 Millionen auf Wien entfallen sind. Es bleiben noch 53 Millionen für weitere Haftungen übrig und es ist möglich, dass davon auf Wien noch 40 Millionen entfallen. Es wird daher der Antrag gestellt, der österreichischen Industrie diese Möglichkeiten zu geben und die Haftung auf 65 Millionen Schilling Faktursumme zu erhöhen. Allerdings ist es im gegenwärtigen Augenblick nicht klar, ob es zu diesen Bestellungen kommen wird. Die russische Handelsvertretung nimmt nämlich den Standpunkt ein, weitere Bestellungen erst hinausgeben zu können, wenn zwischen Oesterreich und Russland ein Handelsvertrag zustandekommen sei. Dies wird damit begründet, dass Russland ^{seiner} Einfuhr nur mit ^{seiner} Ausfuhr bezahlen könne,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 23. Oktober 1931.

da es langlaufende Kredite und Anleihen nicht bekomme. Es sind nun Bemühungen im Gange, um einen solchen Verhandlungsvertrag zustandezubringen. Bei der überaus schwierigen Lage, in der sich unser heimischer Markt befindet, ist es natürlich von grosser Wichtigkeit, dass jede sich bietende Gelegenheit zur Ausfuhr wahrgenommen wird und es muss die Hoffnung ausgesprochen werden, dass es gelingen wird, hier zu einem Einvernehmen zu kommen. Für den Wiener Landtag handelt es sich darum, die Voraussetzungen zu schaffen (falls der Handelsvertrag zustandekommen wird) den Wiener Industriellen und Gewerbetreibenden es zu ermöglichen von der Haftung Gebrauch zu machen. St. R. Breitner bittet dem Gesetz zuzustimmen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Abg. Kunschak bemerkt, gerade jetzt, da dieses Gesetz erledigt werden soll, liegen die Dinge bei den Partnern keineswegs ermutigend. Man liest in der inländischen und ausländischen Presse, dass sich die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in einer schweren Finanzkrise befindet und dass im hohen Grade ^{die} Gefahr bestehe, dass sich diese Krise bis zur Zahlungsunfähigkeit steigert. Es wäre nicht überraschend, wenn Russland bei dem Versuch, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, zu nächst an eine Vernachlässigung der ihm vom Ausland gewährten Kredite denkt, was nicht nur für unsere an den Russlandsgeschäften beteiligte Industrie, sondern auch für alle jene Faktoren, die eine Mithaftung übernommen haben, sehr böse Auswirkungen haben könnte. Man kann daher nicht verlangen, dass wir mit gehobenen Gefühlen diesem Gesetz unsere Zustimmung geben. Das Land Wien hat ja allerdings den einen Sicherheitskoeffizienten, dass es nicht mehr selbstständig solche Kredite gibt, sondern nur den Krediten des Bundes beiträgt und es ist zu hoffen, dass die Bundesverwaltung bei der Kreditgewährung mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes alle Prüfungen vornehmen und wenn nicht absolute Sicherheiten gegeben sind, sich an solchen Krediten nicht beteiligen wird. Bei dieser Gelegenheit muss aber die ganze Frage im allgemeinen beleuchtet werden. Das Russlandgeschäft bedeutet zweifellos eine Befruchtung unserer Industrie und es ist daher volkswirtschaftlich ganz gerechtfertigt, dass auch die öffentlichen Faktoren es begünstigen. Aber diesen einen Vorteil der Beschäftigung unserer Industrie durch die Russlandaufträge stehen bedeutende Nachteile gegenüber. Russland betreibt gegenüber den produzierenden Ländern anderer Länder in den letzten Jahren eine unfaire Handelspolitik und eine unfaire Konkurrenz. Es ist bekannt, dass durch das russische Dumping das österreichische Holzgeschäft buchstäblich zugrunde gerichtet worden ist. Der Waldbesitz ist so gut wie unproduktiv und unrentabel gemacht worden. Wenn jetzt unter den Gebirgsbauern eine so leidenschaftliche Erregung zu bemerken ist, so nicht nur infolge der Unverkäuflichkeit des

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

V. Blatt

Wien, am 23. Oktober 1931.

Viels sondern auch infolge der Unverkäuflichkeit des Holzes. In Oesterreich sind seit Jahresfrist rund 20.000 Holzarbeiter arbeitslos. Diese trostlosan Verhältnisse auf dem Holzmarkt sind zum überwiegenden Teil auf das russische Dumping zurückzuführen. Das muss aufgezeigt werden, um die Russlandsieferungen auf ihren richtigen Wert zurückzuführen. Man kann auch aus diesem Grund an diese ganze Sache nur mit einem Gefühl des Missbehagens herantreten. Nun will Russland einen neuen Druck ausüben, indem es mit der Einstellung weiterer Bestellungen an die österreichische Industrie droht, wenn sich Oesterreich nicht entschliesst, mit Russland Handelsverträge abzuschliessen. Es ist natürlich gegen den Abschluss solcher Verträge auch mit der Union auch nichts einzuwenden, aber unter solchen Auspizien ist das nicht gerade ermutigend. Denn zweifellos will die Union Handelsverträge haben, die es ihr ermöglichen, auch in anderer Weise den innerösterreichischen Markt für sich in Anspruch zu nehmen, wobei sehr zu befürchten ist, dass dies der Markt der Industrieprodukte sein wird. Wir werden gegen die Anträge des Referenten nicht stimmen, wie wir dies auch früher nicht getan haben. Wir halten uns nur verpflichtet, unsere Bedenken vorzubringen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Ag. Dr. Wagner (E.L.) verweist darauf, dass in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres die Ausfuhr Oesterreichs nach der Union der Sowjetrepubliken ausserordentlich im Rückgang begriffen war. Gegenüber dem Vorjahr ist die Faktursumme von 18 Millionen Schilling auf 9 Millionen Schilling zurückgegangen. Es ist daher ganz überraschend, dass sich seit Mai das Russlandgeschäft, soweit Wien als Produktionsstätte in Betracht kommt, ausserordentlich entwickelt hat. St. R. Breitner hat gesagt, dass es sich mit dem gegenwärtigen Antrag um eine Bereitschaftsmassnahme handelt, um jenes gesetzliche Rüstzeug zu haben, das in dem Augenblick verwendet werden kann, da die Sowjetrepubliken wieder daran gehen, Bestellungen in Oesterreich und in Wien zu machen. Augenblicklich sei auf solche Bestellungen nicht zu hoffen, weil die Union der Sowjetrepubliken einen Handelsvertrag mit Oesterreich wünsche, der es ihr ermögliche, auch in Oesterreich ihre Produkte abzusetzen. Es mangelt uns leider an einer zureichenden Statistik über den Handelsverkehr zwischen Oesterreich und der Union der Sowjetrepubliken. Man kann daher nur aus der allgemeinen Lage Schlüsse ziehen. Diese Schlüsse berechtigen allerdings zur Behauptung, dass es mit unserem Handelsverkehr mit der Union der Sowjetrepubliken nicht besser und nicht schlechter bestellt ist, als mit dem Auslande überhaupt. Das ist ja überhaupt das wirtschaftliche Kernproblem von Oesterreich, dass seit der Gründung der Republik noch niemand angeben konnte, wie das Passivum unserer Handelsbilanz aus der Welt geschafft werden kann, das von Jahr zu Jahr steigt.

Russland macht vorläufig mit einer gewissen Vorsicht

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 23. Oktober 1931.

nur für rein agrarische Produkte oder für Halbfabrikate aus der agrarischen Produktion Handelspropaganda. Es sind Brotfrüchte, Tabak, Baumwolle, schliesslich sämtliche Erzeugnisse aus dem Wald ^{Wald}, es sind Leder, Häute, Felle usw. Ich behaupte nun, dass die Holzeinfuhr nach Oesterreich allein sich nicht viel unter dem Fakturenwert jener Summe bewegen ^{drüfte}, die heute der österreichische Ausfuhrhandel nach der Union der Sowjetrepubliken ausmacht. Hier handelt es sich um eine Lebensfrage der österreichischen Wirtschaft. Denn 47 Prozent unseres bebauten Bodens ist Waldboden, ist Holzwirtschaft. Daraus ergibt sich alles. Auf anderen Gebieten haben wir eine ganz merkwürdige Konkurrenzierung durch die Ausfuhr der Sowjetrepubliken festgestellt. Ueberall lässt sich beobachten, dass die gebotenen Preise unmöglich aus einer wirtschaftlichen Kalkulation entsprungen sein können. Bei der Konkurrenzierung des österreichischen Weichholzes ergibt die einfache Erwägung, dass das russische Holz auf den langen Bringungsstrecken unmöglich zu richtigen reellen Konkurrenzpreisen mit dem österreichischen Holz in Wettbewerb treten kann. Es handelt sich also um Leistungen, die von der Regierung der Union der Sowjetrepubliken einzig und allein erzwungen werden, und zwar zum Zwecke der Beschaffung jenes Devisenmaterials, das man braucht, um jene Bestellungen zu finanzieren, die man in der sonstigen Wirtschaft zu vergeben hat. Es ist nicht mehr so, dass bei den Geschäften nach der Union der Sowjetrepubliken nur die deutsche, die österreichische oder gar die mitteleuropäische Industrie profitieren; die Hauptinteressenten sind die Vereinigten Staaten und Grossbritannien. Dorthin wandert der grosse Block der industriellen Bestellungen aus Sowjetrussland und Staaten wie Oesterreich und das Deutsche Reich bekommen nur mehr die Brosamen. Man fördert mit der Förderung des Russlandgeschäftes ein ganzes System, das man leidenschaftlich zu bekämpfen alle Veranlassung hat. Leider verhindert uns die traurige Lage unseres Arbeitsmarktes, gegen ein derartiges Gesetz, wie es das in Beratung stehende ist, zu stimmen. Mit dem gewünschten Handelsvertrag will Russland sich die Freiheit seiner Handelspropaganda sichern. Das wäre für uns ein viel zu hoher Preis, ^{mit Erlaub} wir verpflichtet ^{sein}, die Entwiklung des Rechtsverhältnisses zwischen Oesterreich und Russland mit grössten Aufmerksamkeit zu beobachten. Russland hätte es ermöglichen können, dass von einer Arbeitslosigkeit industrieller Arbeiter überhaupt nicht gesprochen hätte werden können. Dass ^{dem} leider nicht so ist, ist Schuld der unglücklichen Politik der Union der Sowjetrepubliken. Bei der Förderung des Russlandgeschäftes überhaupt ergibt sich der groteske Zustand, dass Staaten, die auf der Grundlage des privaten Eigentums stehen, den kommunistischen Staat subventionieren. Ich kann es mir nicht vorstellen, dass es in Zukunft Russland so leicht sein wird, die Devisen für seine Verpflichtungen immer pünktlich aufzutreiben. Die bisher aufgelaufenen Fälligkeiten sind weitaus geringer als die Verpflichtungen, die von Jahr

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

VI I. Blatt

Wien, am 23. Oktober 1931.

zu Jahr grösser werden. Man wird also mit einem gewaltigen Druck des russischen Verkehrsbedürfnisses auf dem eurppäischen Markt rechnen müssen. Dieser Druck wird dort am stärksten sein, wo er am wenigsten Widerstand findet; die Länder also, die den wenigsten Widerstand leisten können, wird Russland zu seinem Dumpingverkäufen benützen. Das gilt natürlich auch für Oesterreich, das sich aus eigener Kraft nicht selbst aufrechterhalten kann.

Dass dem so ist, beweisen die Bestrebungen, die auf die Schaffung einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich gerichtet waren. Unser einziges Gut ist die Freiheit und unsere Souveränität, die wir unter keinen Umständen aufgeben dürfen. Ich bin daher der Ueberzeugung, dass die Entwicklung unseres Staates den Weg gehen wird, den die überwiegende Mehrheit unseres Volkes wünscht. Wir müssen von unserer Regierung verlangen, dass Oesterreich in keine einseitigen schweren Bindungen gerate. Wir können unsere Freiheit nur mit Einschluss des deutschen Reiches erhalten. Wir dürfen keine Hilfe von unseren Feinden und Gegnern, sondern wir müssen die Hilfe von unseren Freunden erwarten. Wir erwarten daher von der Regierung, dass sie auf dem Boden dieser Anschauung die Beziehungen zum Deutschen Reich pflegt und ausbaut. (Beifall bei der E.L.)

St. R. Breitner erklärt in seinem Schlusswort, dass die Beziehungen zwischen der Union der Sowjetrepubliken und Oesterreich nunmehr schon über 10 Jahre dauern. Bis zur Stunde hat noch kein Industrieller auch nur den leisesten Verlust erlitten. Es gibt kein anderes Land der Welt, von dem das behauptet werden kann. Vom Standpunkt des Warenaustausches ist es selbstverständlich, dass Russland eine Warenausfuhr sucht. Die Frage eines russischen Dumpings bildete ^{den} Gegenstand der gesamten Welt-
presse. Man kann nur sagen, dass ein Dumping dem Interesse Russlands widersprechen würde, da es doch seine Waren verschleudern müsste. Wir haben eben einen unerhörten Tiefstand der Preise der Rohprodukte. Was nun die russische Ausfuhr nach Oesterreich anlangt, so hat Russland nach Oesterreich im letzten Jahr für 16 Millionen Schilling Waren ausgeführt. Unsere Ausfuhr nach Russland betrug im gleichen Jahr 45 Millionen Schilling. Die russische Holzeinfuhr nach Oesterreich macht im Jahre 1930 nur 1,169.000 Schilling aus. In den ersten 8 Monaten dieses Jahres hat Russland nach Oesterreich Waren für 21 Millionen Schilling eingeführt, wir aber nach Russland für 26 Millionen Schilling exportiert. Die Holzeinfuhr von Russland nach Oesterreich machte 385.000 Schilling aus.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Abg. Kunschak wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die Sitzung wird geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

335

Wien, am 23. Oktober 1931.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Oktober 1931.

Anschliessend an die Sitzung des Wiener Landtages hielt der Gemeinderat der Stadt Wien eine Sitzung ab. Nach Eröffnung der Sitzung durch Vizebgm. Hess (E.L.) leistet die an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Schön erschienene Frau Anna Schlicker die Angekündigte.

Ohne Debatte werden Baurechts- und Darlehensverträge sowie die Festsetzung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes angenommen.

GR. Beisser (soz. dem.) stellt den Antrag, den Antrag des GR. der Landeshauptstadt Graz auf ehestige Durchführung der Elektrifizierung der Südbahnstrecke Wien-Graz auf das wärmste zu unterstützen. Der Redner verweist darauf, dass die Elektrifizierung der Fernstrecken der österr. Bundesbahnen und insbesondere der Semmeringstrecke nicht nur ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern auch den Fremdenverkehr ausserordentlich beleben würde.

GR. Haidler (E.L.) erklärt, dass die Unterstützung des Antrages der Stadt Graz durch den Wiener Gemeinderat grundsätzlich zu begrüßen ist. Dies nicht nur vom Standpunkte des Fremdenverkehrs, sondern auch vom Standpunkte der Wirtschaft, da die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken die beste Art produktiver Arbeitslosenfürsorge darstellt. Leider waren die bisher für die Elektrifizierung verwendeten Gelder zu teuer und die gewährten Kredite zu kurzfristig, sodass sich die Elektrifizierung auch für kurze Strecken als nicht rentabel erwiesen hat. Ob es gegenwärtig möglich sein wird, das zur Elektrifizierung der Strecke Wien-Graz notwendige Kapital aufzutreiben, ist mehr als fraglich. Ohne Kredit ist aber diese Frage nicht zu lösen, weil aus den Betriebsmitteln die nötigen Gelder nicht zur Verfügung stehen. Es müsste gelegentlich dieser Frage auch untersucht werden, welche Nachteile sich für den Staat aus gewissen Interpretationen des Akords von Rom, durch welchen die Südbahnfrage bekanntlich ihre Regelung fand, ergeben würde. Trotz der Schwierigkeiten, die der Lösung dieses Problems entgegenstehen, werden wir für den Antrag stimmen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Stöger (E.L.) bemerkt, der Antrag werde vom gesamten Gemeinderat auf das wärmste begrüßt. Hoffentlich wird dieselbe Einigkeit aller Parteien zum Ausdruck kommen, wenn es sich darum handeln wird, an anderer Stelle die Mittel für die geplante Elektrifizierung aufzubringen. Die Klage Steiermarks, dass in der Frage der Elektrifizierung der Süden gegenüber dem Westen sehr benachteiligt worden sei, ist mehr als berechtigt und dass die Elektrifizierung der Südbahnstrecken bisher so sehr vernachlässigt wurde ist nicht nur vom Standpunkte der Steiermark, sondern vom Standpunkte der gesamten Wirtschaft sehr zu beklagen. GR. Stöger schildert eingehend, welche ausserordentliche Bedeutung die Elektrifizierung der Semmeringstrecke überhaupt und insbesondere für Wien hätte und welche Vorteile die Elektrifizierung gegenüber dem Kohlenbetrieb hat. Allen Wünschen und Bedenken zum Trotz müsste eine weitere Elektrifizierung angestrebt werden, schon um vielen Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Leider wird die Erlangung so bedeutender Mittel nicht leicht sein. Der Redner erklärt schliesslich, dass seine Partei dem Antrag zustimmen werde. (Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Wagner (E.L.) bemerkt, der Antrag der jetzt vorliegende hätte in den ersten Jahren den Bestandes der Republik weit mehr Aussicht auf Verwirklichung gehabt als heute, wie es überhaupt in den Zeiten der Inflation am Platze gewesen wäre, ein grosses Förderungsprogramm der Elektrizitätswirtschaft in Oesterreich zu verwirklichen. Heute muss man so frommen Wünschen mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen, eine Skepsis, die auch der gegenwärtige Generaldirektor der Bundesbahnen, ein ausgesprochenes Fachmann auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft geäussert hat. In diesem Zusammenhange muss aber die Verkehrspolitik, die in Oesterreich getrieben wird einer Kritik unterzogen werden. Auf dem Gebiete der Verkehrspolitik besteht ein wahres Chaos. Die Frage Bahnen und Autobusverkehr drängt nicht minder nach einer Lösung wie die Frage des Donauverkehrs, des Schiffsverkehrs und die Hafen- wie die Strassenfrage. Die Bundesbahnen mit ihrer überragenden Bedeutung für Wien stehen heute in der Zeit dieser Wirtschaftsnot vor der schwer löslichen Frage, ihr Budget in Ordnung zu bringen. Dabei müsste man sie unterstützen und allen Bestrebungen gewisser Industriekreise, die Bundesbahnen zu unrentablen Investitionen zu veranlassen, um diesen Industrien die fehlenden Aufträge zu ersetzen, entgegenzutreten. Solange die heute betriebene verkehrte Verkehrspolitik nicht verlassen wird, wird der Wiener Gemeinderat noch lange auf die Erfüllung seiner Wünsche warten können.

Berichterstatter Beisser stellt in seinem Schlussworte mit Genugtuung fest, dass sich alle Parteien des Gemeinderates für den vorliegenden Antrag ausgesprochen haben.

Der Referentenantrag wird einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung 20 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

336

Wien, am 24. Oktober 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Die Sonderabteilung für Strahlentherapie im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz.

Für den Betrieb der im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz errichteten Sonderabteilung für Strahlentherapie, die vor allem auch der Radiumtherapie dienen soll, hat der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung in seiner letzten Sitzung nunmehr Richtlinien erlassen, die die Gebühren und die Zuweisung der Patienten an die Sonderabteilung regeln. Die neue Abteilung wird in den nächsten Wochen feierlich eröffnet werden.

Ausschmückung städtischer Parkanlagen mit Plastiken.

Gestern ist in der neuen Gartenanlage, die an Stelle des ehemaligen städtischen Steinlagerplatzes an der Oberen Donaustrasse in der Leopoldstadt errichtet wurde, eine grosse Plastik, "Ruf der Jugend", aufgestellt worden.

Die Plastik, die vom akademischen Bildhauer Felix Weiss stammt, stellt vier in jugendlichem Idealismus vorwärtsstürmende Gestalten in natürlicher Grösse dar. Sie ist in einem grossen Rasenbeet aufgestellt worden und erzielt dadurch besonders gute Wirkung.

In der nächsten Woche wird eine Plastik des akademischen Bildhauers Waldmüller, "Mädchen mit Reh", im Hartäckerpark in Döbling aufgestellt werden.

Der Verfassungsgerichtshof über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe.

Der Magistrat hat im Dezember 1929 die bisher nicht in die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe eingereichten Gassenschanklokalitäten des Hotels Continental mit sechs Prozent abgabepflichtig erklärt. Die dagegen ergriffene Berufung an die Abgabenberufungskommission ist am 7. März 1931 als unbegründet abgewiesen worden.

Die Hotel Continental A.G. hat nun gegen die Entscheidung der Abgabenberufungskommission die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof wegen Verletzung des verfassungsgesetzlich gewährleisteten Eigentumsrechtes und des Rechtes der freien Erwerbsausübung erhoben. In der Beschwerde ist ausgeführt worden, dass die Entscheidung der Abgabenberufungskommission ein Gesetz angewendet habe, das der Verfassungsgerichtshof selbst am 22. Jänner 1930 als verfassungswidrig erklärt und aus diesem Grunde aufgehoben habe.

Der Verfassungsgerichtshof hat die Beschwerde als unbegründet abgewiesen und den Beschwerdeführer verpflichtet, binnen 14 Tagen der Gemeinde Wien die mit 100 Schilling festgesetzten Prozesskosten zu ersetzen.

In der Begründung des Erkenntnisses hat der Verfassungsge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 24. Oktober 1931.

richtshof ausgeführt, dass das Eigentumsrecht nur durch einen ungesetzlichen Eingriff oder durch einen Eingriff verletzt werden könne, der sich auf ein verfassungswidriges Gesetz stütze. Die Aufhebung einer Gesetzesbestimmung wirke jedoch bloss auf den Fall zurück, der den Anlass zur Anfechtung der Bestimmung vor dem Verfassungsgerichtshof gebildet habe; im übrigen wirke die Aufhebung bloss für die Zukunft. Da nun der Verfassungsgerichtshof bei der Prüfung der Verfassungsmässigkeit des Gesetzes über die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe von dem ihm zustehenden Recht, das Inkrafttreten der Aufhebung hinauszuschieben, Gebrauch gemacht habe, sei die Abgabenberufungskommission nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet gewesen, dieses Gesetz noch bis zum 31. Dezember 1930 anzuwenden. Sie habe es daher auch ihrer Entscheidung im Falle der Hotel Continental A.G. zugrundelegen müssen, trotzdem diese Entscheidung erst am 7. März 1931 gefällt wurde, weil der zu beurteilende Tatbestand in die Zeit vor dem Wirksamwerden der Aufhebung, zum Teil sogar noch vor Kundmachung des aufhebenden Erkenntnisses falle.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung in Wien hat auch der Johann Nepomuk Bergerplatz, der Schuhmeierplatz und der noch nicht elektrisch beleuchtete Rest der Possingergasse in Ottakring öffentliche elektrische Beleuchtung erhalten. Noch im Laufe dieser Woche wird die neu hergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in den angeführten Strassenzügen in Betrieb gesetzt werden.

Verkehrsregelung in der Rechten Wienzeile.

Nach den bisher geltenden Bestimmungen ist der Verkehr in dem Teile der Rechten Wienzeile zwischen der Schleifmühlgasse und der Bärenmühle in beiden Richtungen nur in der Zeit von 14 Uhr bis 21 Uhr gestattet; für die übrige Zeit ist dieser Teil der Rechten Wienzeile als Nebenstrasse erklärt worden, die nur in der Richtung von der Schleifmühlgasse zur Bärenmühle befahren werden darf. Nun enden jedoch die Vorstellungen im Theater an der Wien meistens nach 23 Uhr. Da die Abfahrt vom Theater stadtwärts gestattet ist, müssen die Fahrzeuge, die in die Gegend des Margaretengürtels kommen wollen, über die ehemalige Elisabethbrücke zur Wiedner Hauptstrasse abschwenken. Für Lohnautos besteht jedoch die Vorschrift, dass sie den kürzesten Weg zum Fahrziel des Fahrgastes benützen müssen; da die Fahrgäste über die Verkehrsregelung meist nicht informiert sind, ergeben sich häufig Beschwerden. Um solche Beschwerden zu vermeiden, ist daher die geltende Verordnung über die Verkehrsregelung auf der Wieden abgeändert worden. Nach den neuen Bestimmungen ist nun in dem Teile der Rechten Wienzeile zwischen der Schleifmühlgasse und der Bärenmühle der Verkehr in beiden Richtungen in der Zeit von 14 Uhr bis 24 Uhr gestattet.

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt.

Uebermorgen, Montag, findet um 18 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

337

Wien, am 24. Oktober 1931

Die Aktion "Winterhilfe".

Die Künstler Wiens im Dienste der "Winterhilfe". - Weitere Spenden für das überparteiliche Hilfswerk.

Ein Komitee Wiener Künstler hat heute dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Aktion "Winterhilfe", Stadtrat Professor Dr. Tandler, mitgeteilt, dass die Absicht bestehe, unter Mithilfe aller Wiener Künstler während des Winters allmonatlich eine Akademie zu veranstalten, deren Ertragnis zur Gänze der Aktion "Winterhilfe" zufließen solle.

Dem Künstlerkomitee gehören Paul Hartmann vom Burgtheater, Hubert Marischka von den Marischkabühnen und Alfred Piccaver von der Staatsoper an. Die geplanten Akademien sollen ein buntes Programm haben, das von den prominenten Künstlern aller Wiener Theater, Varietees, Kabaretts und ähnlichen Vergnügungsstätten bestritten werden soll; an jedem ersten Samstag im Monat soll eine solche Akademie als Nachtvorstellung im Ronacher-Theater, das von Direktor Labriola kostenlos zur Verfügung gestellt wird, stattfinden.

Bekanntlich hat das Kuratorium der Aktion "Winterhilfe" eine Reihe von Unterausschüssen eingesetzt, die sich mit einzelnen Fragen des Aufbaues und der Organisation der Aktion zu beschäftigen haben. Alle diese Unterausschüsse haben ihre Tätigkeit bereits vor einigen Tagen aufgenommen und sind derzeit damit beschäftigt, die Grundzüge und wesentlichen Richtlinien für die Organisation der Winterhilfe festzulegen. Die Vorstände der Fürsorge-Institute in den einzelnen Wiener Bezirken und die Vorsteher der Bezirke selbst wirken mit grösster Bereitwilligkeit an der Arbeit für die Aktion "Winterhilfe" mit.

Nach den Erfahrungen der ersten Tage kann bereits gesagt werden, dass die Aktion "Winterhilfe" in der ganzen Bevölkerung ohne Unterschied der Partei und der Konfession weitgehende Unterstützung findet. Von den in den letzten Tagen eingelaufenen Spenden seien eine Spende der Gemeinwirtschaftlichen Baustoff- und Siedlungsanstalt "Gesiba" in der Höhe von 15.000 Schilling, von der 10.000 Schilling für die Aktion "Winterhilfe" und 5.000 Schilling für die Aktion "Jugend in Not" bestimmt sind, eine Spende der Firma Dr. A. Oetker, Baden bei Wien, in der Höhe von 4.000 Schilling, eine Kohlenspende der Firma Gebr. Gutmann, 500 Meterzentner Steinkohle, und zahlreiche kleinere Spenden, Geld und Lebensmittel, von Privaten, Kaufleuten, Vereinen usw. erwähnt.

Eine Deputation des Zentralverbandes der Lebensmittelhändler, bestehend aus dem Präsidenten Lee Sternberg und dem Handelskammerrat Anton Rott, hat dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Aktion "Winterhilfe", amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler, mitgeteilt, dass die Mitglieder des Zentralverbandes die Absicht haben, in ihren Lokalen Sammelbüchsen für die Aktion "Winterhilfe" aufzustellen. Auch das Gremium der Kaffeehausbesitzer erklärte seine Bereitwilligkeit, die Aktion "Winterhilfe" weitgehend zu unterstützen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

338

Wien, am 26. Oktober 1931.

Grosse Aufträge und Bestellungen der Gemeinde Wien .

Die zuständigen Gemeinderatsausschüsse haben in den letzten Wochen Aufträge vergeben, deren Ausführung fast 13 Millionen Schilling Kosten erfordert.

Trotz der drückenden Wirtschaftskrise, die auch die Gemeinde Wien zwingt, ihre Ausgaben empfindlich einzuschränken, haben die zuständigen Ausschüsse des Wiener Gemeinderates in den letzten Wochen wieder grosse Aufträge und Bestellungen an die heimische Industrie und an das heimische Gewerbe vergeben. Die Ausführung dieser Aufträge wird insgesamt Kosten in der Höhe von mehr als 12,845.000 Schilling erfordern. So bedeutende Aufträge helfen mit, die Arbeitslosigkeit und die furchtbare Not zu bekämpfen, da durch die Arbeitsmöglichkeit für viele hunderte Arbeiter der verschiedensten Gewerbszweige geschaffen wird.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat vor allem Aufträge für Arbeiten an neuen städtischen Wohnhausanlagen vergeben; hierfür werden allein mehr als 7,394.000 Schilling aufgewendet. Nahezu 6,405.000 Schilling Kosten erfordert die Ausführung der Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für neue Wohnhausanlagen, fast 84.000 Schilling Kosten die Ausführung von Schlosserarbeiten; für die Lieferung und Montage einer Turmuhr werden 11.000 Schilling, für die Herstellung von Gehwegen und Spielplätzen fast 157.000 Schilling und für die Herstellung von Holzstiegen mehr als 40.000 Schilling verwendet. Die Ausführung von Anstreicherarbeiten erfordert Kosten im Betrage von mehr als 34.000 Schilling, die Ausführung von Installationsarbeiten Kosten im Betrage von mehr als 304.000 Schilling und verschiedene gärtnerische Arbeiten Kosten im Betrage von 92.000 Schilling. Die Kosten der vom Ausschuss vergebenen Pflasterungsarbeiten betragen 31.000 Schilling, die Kosten der Spenglerarbeiten fast 104.000 Schilling; für Zimmermalerarbeiten werden fast 58.000 Schilling und für Zimmermannsarbeiten 71.000 Schilling aufgewendet.

Die Aufträge, die der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten in den letzten Wochen vergeben hat, erfordern Kosten im Betrage von mehr als 346.000 Schilling. Ein Betrag von fast 296.000 Schilling wird für verschiedene Strassen- und Kanalarbeiten verwendet, während für Baggerungsarbeiten im Freudenufer Hafen 44.000 Schilling,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 26. Oktober 1931.

für kleinere gärtnerische Arbeiten fast 7000 Schilling aufgewendet werden.

Schliesslich hat auch der Gemeinderat sausschuss für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten grosse Aufträge und Bestellungen vergeben, deren Ausführung Kosten in der Höhe von nahezu 5,105.000 Schilling erfordern wird. Für die neuen städtischen Wohnhausanlagen müssen grosse Anschaffungen gemacht werden; so erfordert die Anschaffung von Kunststeinstufen Kosten in der Höhe von 420.000 Schilling, die Sandlieferung Kosten in der Höhe von 989.000 Schilling; für Mauerziegel werden 1,455.000 Schilling, für verschiedene Normentischlerwaren 350.000 Schilling, für gusseiserne Abortabfallrohre 220.000 Schilling, für Klosettspülapparate 180.000 Schilling und für die Anschaffung von Betonrundoisen 1,000.000 Schilling aufgewendet. Schliesslich erfordert der Ankauf von Gerste für den Futtermitteldienst auf dem Zentralviehmarkt Kosten in der Höhe von mehr als 84.000 Schilling, die Konfektionierung von Monturen Kosten in der Höhe von mehr als 51.000 Schilling und der Ankauf von Benzin Kosten in der Höhe von etwa 355.000 Schilling.

.....
Goldene Hochzeiter.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Arnold und Regine Anhalzer, Eduard und Rosalia Hlawatsch, Georg und Katharina Hölzl, Rudolf und Vinzenzia Neoral, Johann und Theresia Oismüller und Johann und Marie Schobesberger das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien amtsführender Stadtrat Julius Linder in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Abendkurse für Hausgehilfinnen an der Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Haushaltungsschule der Stadt Wien, Mariahilf, Brückengasse 3, beginnen am 1. November neue Abendkurse für Hausgehilfinnen. In den Kursen wird Kochen, Kleidermachen, Weissnähen und Flicker unterrichtet. Anmeldungen und Auskünfte in der Schulleitung, Telefon B 25-419.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

339

Wien, am 27. Oktober 1931.

Ehrung des Präsidenten Leopold Langer.

In der letzten vertraulichen Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde dem Präsidenten des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft Leopold Langer, der am 2. Februar 1932 sein 80. Lebensjahr vollendet, in Anerkennung seiner grossen Verdienste um die Wiener Kaufmannschaft der Ehrenring der Stadt Wien verliehen.

Präsident Langer wurde in Troubek in Mähren geboren und kam in jungen Jahren als Bankangestellter nach Wien. Hier gründete er ein Bankgeschäft, das er bis zur Uebernahme durch die Verkehrsbank als Alleininhaber persönlich führte. Seit vielen Jahren steht Leopold Langer im öffentlichen Leben. Er war auch als Börsenrat der Wiener Effektenbörse tätig und bekleidete eine Reihe öffentlicher Ehrenstellen. Seit dem Jahre 1886 gehört Präsident Langer der Vertretung der Wiener Kaufmannschaft an; er wurde im gleichen Jahre zum Mitglied der damaligen Repräsentanz des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, des heutigen Gremialrates, gewählt. 1889 kam er in den engeren Ausschuss des Gremialrates, in dem er als Kassenverwalter und Finanzreferent tätig war. Im Jahre 1912 wurde Langer zum Vizepräsidenten und im Jahre 1925 zum Präsidenten des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft gewählt. In der Öffentlichkeit, insbesondere bei Institutionen der sozialen Fürsorge, hat Langer stets die Interessen der Kaufmannschaft vertreten. Er gehörte durch viele Jahre dem Vorstand der Krankenkasse der Handlungsgehilfen an, ist seit Gründung der Pensionsanstalt für Angestellte in deren Vorstand tätig und ist gegenwärtig Vizepräsident der aus der Pensionsanstalt für Angestellte hervorgegangenen Hauptanstalt für Angestelltenversicherung. Seit vielen Jahren gehört Präsident Langer dem Berufssenat des Wiener Handelsgerichtes als Laienrichter an. Er ist auch Obmann des Schiedsgerichtes der Wiener Börse und Zensor der österreichischen Nationalbank.

Sitzung der Bezirksvertretung Döbling.

Uebermorgen, Donnerstag, tritt die Bezirksvertretung Döbling um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Die Wiener städtischen Gärten.

Im Verlag der Druckerei Schöler ist soeben eine 64 Seiten starke Broschüre über die städtischen Gärten Wiens erschienen. Verfasser des sehr geschmackvoll ausgestatteten Werkes, das von amtsführenden Stadtrat Karl Richter einbegleitet wird, ist der Leiter des städtischen Gartenwesens Amtsrat Fritz Kratochwile. Die mit zahlreichen Bildern geschmückte Broschüre ist zum Preise von zwei Schilling in den Buchhandlungen und bei der Gartenbaugesellschaft erhältlich.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

340

Wien, am 28. Oktober 1931.

Das Mitnehmen von Kindern in Fürsorgeinstitute ist verboten.

Eine Kundmachung des Wiener Magistrates.

Wie aus den Berichten der Vorstände einzelner Fürsorgeinstitute hervorgeht, häufen sich in letzter Zeit die Unzukömmlichkeiten, die im Amtsbetriebe der Fürsorgeinstitute dadurch entstehen, dass die im Institute vorsprechenden Unterstützungswerber ihre Kinder ins Amt mitnehmen. Da das längere Verweilen der zumeist vorschulpflichtigen Kinder in den dichtgefüllten Warteräumen der Fürsorgeinstitute, in denen sich häufig kranke Menschen aufhalten, aus ^{hygienischen} Gründen vermieden werden soll und da auch wiederholt die Feststellung gemacht wurde, dass diese Kinder von den wartenden Erwachsenen belästigt oder gar körperlich gefährdet wurden, hat der Wiener Magistrat eine Kundmachung erlassen, die am 2. November in Kraft tritt und das Mitnehmen von Kindern bis zum vollendeten 14. Lebensjahre zur Verhütung von gesundheitlichen Schädigungen und aus erzieherischen Gründen verbietet. Kinder bis zu dieser Altersgrenze dürfen nur dann mitgenommen werden, wenn dies vom Amte in der Verladung ausdrücklich gefordert wird. Dieses Verbot gilt für sämtliche Fürsorgeinstitute und für die Amtsräume der Magistrats-Abteilung 8 im Neuen Rathaus.

Den Bedenken, dass durch dieses Verbot des Wiener Magistrates zahlreiche Fürsorgebedürftige ausserstandegesetzt würden, im Fürsorgeinstitut verzusprechen, oder ihre Kinder in dieser Zeit ohne Aufsicht zurücklassen müssten, steht die Erfahrung gegenüber, dass in anderen Aemtern, wie zum Beispiel in den Arbeitslosenämtern, diese Massnahmen aus den gleichen erzieherischen und hygienischen Gründen seit langem geübt werden, ohne dass Schwierigkeiten beobachtet worden wären.

Allerheiligen-Autobusverkehr zum Zentralfriedhof.

Am kommenden Sonntag (Allerheiligen) wird in der Zeit von 8 Uhr bis 19 Uhr von der Oper (Augustinerstrasse) über Mahlerstrasse-Schwarzenbergplatz-Rennweg-Simmeringer Hauptstrasse ein Autobusverkehr zum Zentralfriedhof (III. Tor) eingerichtet. Der Fahrpreis für eine Fahrt zum Zentralfriedhof (III. Tor) kostet hin und zurück ab Oper 90 Groschen, ab Schwarzenbergplatz 80 Groschen, ab Ungargasse-Fasangasse 70 Groschen.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Morgen, Donnerstag, findet um 18 Uhr eine öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

341

Wien, am 29. Oktober 1931.

Ein Ehrengrab für Generalmusikdirektor Franz Schalk.

In Würdigung der hohen künstlerischen Bedeutung des am 3. September 1931 verstorbenen ehemaligen Direktors der Wiener Staatsoper, Generalmusikdirektors Franz Schalk, hat der zuständige Gemeinderatsausschuss in seiner letzten Sitzung beschlossen, zur Bestattung der Leiche, die gegenwärtig im Reichenauer Friedhof beigesetzt ist, ein Ehrengrab im Wiener Zentralfriedhof zu widmen. Die Widmung erfolgte in Würdigung der besonderen Verdienste Franz Schalk's um die Pflege der Musik im allgemeinen und um das Wiener Musikleben im besonderen.

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt in der vorigen Woche seine 49. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 650 Parteien in 86 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 3.992 Schilling genehmigt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 28.199 Parteien in 3.129 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 141.071 Schilling bewilligt. Von diesen Mietzinszuschüssen entfallen Monatsbeiträge im Betrage von rund 14.108 Schilling auf die Zeit vom 1. August 1929 bis 31. Dezember 1929, Monatsbeiträge in der Höhe von rund 66.964 Schilling auf die Zeit vom 1. Jänner 1930 bis 31. Dezember 1930 und Monatsbeiträge im Betrage von rund 59.998 Schilling auf die Zeit vom 1. Jänner 1931 bis 22. Oktober 1931.

Freie Arztstelle.

An der otolaryngologischen Abteilung des Krankenhauses Lainz gelangt die Stelle eines Assistenzarztes zur Besetzung. Die Bezüge eines Assistenzarztes betragen 356 Schilling 25 Groschen monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 10 Schilling 45 Groschen monatlich. Hiezu kommt ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 33 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Gesuche um diese Stelle, die mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszugnissen belegt sein müssen, sind bis spätestens 14. November im Büro der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Rathaus einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben die Gesuche im Dienstwege vorzulegen. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel Betrage von 1 Schilling zu versehen; die Gesuchsbeilagen sind, wenn sie nicht ohnehin bereits gestempelt sind, mit einem Bundesstempel im Betrage von je 20 Groschen zu versehen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

342

Wien, am 30. Oktober 1931.

Die Jugendlichen und die Berufsberatung.

Bevorzugte und gemiedene Berufe.-Erfahrungen des Wiener Berufsberatungsamtes.

Die allgemeine Not und die ausserordentlich grosse Arbeitslosigkeit haben sich in den letzten Jahren naturgemäss auch auf die Berufswahl und die Berufsvermittlung Jugendlicher ausgewirkt. Allerdings steht der durch die Arbeitslosigkeit sehr verminderten Zahl der jährlich freien Lehrstellen auch eine durch den Geburtenrückgang verminderte Zahl von Jugendlichen gegenüber. Wie sich die Lage auf dem Lehrstellenmarkte weiter entwickeln wird, kann heute noch nicht vorausgesagt werden; aus den Geburtenrückgängen der letzten Jahre ergibt sich aber, dass in den nächsten Jahren die Zahl der aus der Schule tretenden Jugendlichen von Jahr zu Jahr geringer werden wird. Aendert sich also die Lage auf dem Lehrstellenmarkte nicht oder wird sie nicht wesentlich schlechter, so darf mit grosser Sicherheit erwartet werden, dass die Besetzung der freien Lehrstellen sich für die Jugendlichen bedeutend günstiger gestalten wird.

Diesen Erscheinungen widerspricht scheinbar die Tatsache, dass sowohl in der männlichen als auch in der weiblichen Abteilung des Berufsberatungsamtes der Stadt Wien und der Wiener Arbeiterkammer im abgelaufenen Beratungsjahr ein Rückgang der Neuanmeldungen zu verzeichnen war. Die Zahl der Neuanmeldungen ist allein in der männlichen Abteilung von 6.355 im Jahre 1930 auf 5.633 gesunken, was einen Abgang von 722 Fällen oder 11 1/4 Prozent ergibt. Diese Tatsache, aus der man auf einen geringeren Zudrang zu freien Lehrstellen schliessen könnte, erklärt sich daraus, dass gerade infolge der ungünstigen Lage auf dem Lehrstellenmarkte die Eltern Jugendlicher schon vor Schulschluss versuchen, eine Lehrstelle für ihre Kinder zu sichern; sie weichen dabei der Frage der körperlichen und geistigen Eignung ihres Kindes für den Beruf aus und melden das Berufsberatungsamt, das vielleicht ernste Bedenken gegen den Eintritt in die oft sehr mühevoll erworbene Lehrstelle erheben könnte. Wie der Leiter der männlichen Abteilung des Wiener Berufsberatungsamtes, Dr. Emmerich Maros, in seinem Berichte mitteilt, treten in solchen Fällen sehr oft erhebliche Nachteile für die Jugendlichen ein. Eine grosse Zahl der auf solche Weise in Lehrstellen untergebrachten Jugendlichen verliert die Stelle nach einigen Monaten wegen Nichteignung, ein anderer Teil kann die versprochene Lehrstelle schliesslich überhaupt nicht erhalten. Die Jugendlichen verlieren so kostbare Zeit und kommen, wie viele Beispiele zeigen, oft erst nach Ablauf des Herbstes oder gar erst im nächsten Kalenderjahre enttäuscht zum Berufsberatungsamt. Auch die Tatsache, dass die 5.633 ratsuchenden männlichen Jugendlichen in 9.025 Beratungen behandelt wurden, zeigt, dass eine ganze Reihe nachträglicher Umberatungen vorgenommen werden musste.

32 1/3 Prozent aller Berufswünsche der männlichen Jugendlichen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 30. Oktober 1931.

die zum Berufsberatungsamt kamen, waren auf die Metallindustrie gerichtet, während 13'8 Prozent eine Stellung in einem Lebensmittelgewerbe und 8'6 Prozent einen Handelsberuf wünschten. Die meistbegehrten Berufe waren Mechaniker, Bäcker und Zuckerbäcker, Elektriker, Friseure, gastgewerbliche Berufe und Verkaufspraktikanten. Verhältnismässig wenig erstrebt wurde der Beruf des Graveurs, Juweliers, Schmiedes und Tapezierers; entschieden ablehnend verhielten sich die Jugendlichen zu den Gewerben des Glasschleifers, Gürtlers und Posamentierers.

Im Berichtsjahre 1930 verfügte das Wiener Berufsberatungsamt über 4.137 Lehrstellen für männliche und 2.806 Lehrstellen für weibliche Jugendliche. Der grösste Bedarf war für Verkaufspraktikanten, Schlosserlehrlinge, Tischlerlehrlinge, Büropraktikanten, Kleidermacherlehrlinge und Spenglerlehrlinge bei den männlichen Berufen und für Schneiderinnen, Verkaufspraktikantinnen, Wäschenäherinnen, Modistinnen, Konfektionsnäherinnen, Büropraktikantinnen und Stickerinnen bei weiblichen Jugendlichen vorhanden.

Wie die Leiterin der weiblichen Abteilung des Wiener Berufsberatungsamtes Olly Schwarz, mitteilt, vertritt ein grosser Teil der Jugend bei der Berufswahl den Standpunkt: Erfüllung des Berufswunsches oder sofortiger Verdienst. So erklären vor allem viele Mädchen, dass sie einen bestimmten Beruf wünschen, aber, wenn dieser Wunsch nicht erfüllt werden könne, sofort als Hilfsarbeiterin eintreten und verdienen wollen. Auch darin zeigt sich die Wirkung der allgemeinen Not und Arbeitslosigkeit. Die Jugendlichen ziehen jene Berufe vor, die sie sofortiges Verdienen erhoffen lassen.

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing.

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing, die für morgen, Samstag, anberaumt war, findet erst am Samstag, den 7. November, um 4 Uhr nachmittags statt.

Die städtischen Bäder zu Allerheiligen und Allerseelen.

Die Dampf-, Wannen- und Volksbäder sind übermorgen, Sonntag (Allerheiligen), von 8 Uhr bis 13 Uhr, die Schwimmhallen des städtischen Amalienbades und des städtischen Jörgerbades von 8 Uhr bis 19 Uhr geöffnet. Am Montag (Allerseelen) ist jedoch nur die Schwimmhalle des städtischen Amalienbades von 13 Uhr bis 19 Uhr 50 und des städtischen Jörgerbades von 13 Uhr bis 19 Uhr geöffnet.

Allerheiligen-Autobusverkehr zum Zentralfriedhof.

Am kommenden Sonntag (Allerheiligen) wird in der Zeit von 8 Uhr bis 19 Uhr von der Oper (Augustinerstrasse) über Mahlerstrasse-Schwarzenbergplatz-Rennweg-Simmeringer Hauptstrasse ein Autobusverkehr zum Zentralfriedhof (III. Tor) eingerichtet. Der Fahrpreis für eine Fahrt zum Zentralfriedhof (III. Tor) kostet hin oder zurück ab Oper 90 Groschen, ab Schwarzenbergplatz 80 Groschen, ab Ungargasse-Fasangasse 70 Groschen.

N. 343 f. 111!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

344

Zweite Ausgabe.

Wien, am 31. Oktober 1931.

Sitzungen im Rathaus.

In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr der Wiener Stadtsenat zu einer Sitzung zusammen. Anschliessend an die Sitzung des Stadtsenates hält die Wiener Landesregierung eine Sitzung ab.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt am Freitag um 18 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

-.-.-.-.-

Strassenbahnverkehr zu Allerheiligen und Allerseelen.

Ausser der Linie 71 (Walfischgasse-Rennweg-Zentralfriedhof) werden zu Allerheiligen und Allerseelen nach Massgabe des Bedarfes noch folgende Strassenbahnlinien zum Zentralfriedhof geführt werden.

Morgen, Sonntag: Vormittags und nachmittags die Linien 6 (Geiselbergstrasse), 13 (Margaretenplatz), 18, 22 (Praterstrasse), 29 (Dresdnerstrasse), 33 (Klosterneuburgerstrasse), 35 (Vivotgasse-Perzellangasse), 41, 42 (Kreuzgasse), 43, 46, 63 (Geiselbergstrasse) und 74 (Landstrasse-Hauptstrasse).

Übermorgen, Montag: Vormittags und nachmittags die Linien 6, 18, 33, 35 und 74; nachmittags nach Bedarf überdies die Linien 42, 43 und 63.

Der Betrieb der Linie F wird morgen, Sonntag, während der ganzen Betriebsdauer eingestellt; als Ersatz in der Währingerstrasse wird die Pendellinie 42 (Schottenring-Währingerstrasse-Kreuzgasse), als Ersatz in der Landstrasse-Hauptstrasse die Pendellinie 74 (Wollzeile-Landstrasse-Hauptstrasse-St. Marx, beziehungsweise Zentralfriedhof) geführt.

Der Betrieb der Linie 72 (Schwechat) wird morgen, Sonntag, und übermorgen, Montag, von 14 Uhr bis 18 Uhr gänzlich eingestellt.

-.-.-.-.-

Allerheiligen-Autobusverkehr zum Zentralfriedhof.

Morgen, Sonntag (Allerheiligen) wird in der Zeit von 8 Uhr bis 19 Uhr von der Oper (Augustinerstrasse) über Mahlerstrasse-Schwarzenbergplatz-Rennweg-Simmeringer Hauptstrasse ein Autobusverkehr zum Zentralfriedhof (III. Tor) eingerichtet. Der Fahrpreis für eine Fahrt zum Zentralfriedhof (III. Tor) kostet hin oder zurück ab Oper 90 Groschen, ab Schwarzenbergplatz 80 Groschen, ab Ungargasse-Fasangasse 70 Groschen und ab St. Marx 60 Groschen.

-.-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Simmering.

Die nächste öffentliche und vertrauliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering findet am Donnerstag, den 5. November, um 17 Uhr 30 statt.

-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

345

III. Ausgabe.

Wien, am 31. Oktober 1931.

Eine Ehrennische im Wiener Krematorium für Professor Dr. Guido Holz knecht.

Bürgermeister Seitz hat die Verfügung getroffen, dass bei den zuständigen Instanzen der Gemeindeverwaltung der Antrag gestellt werde, zur Beisetzung der Asche des gestern, Freitag, verstorbenen Röntgenologen Professor Dr. Guido Holz knecht in Würdigung der grossen Verdienste des verstorbenen Gelehrten um die Wissenschaft eine Ehrennische unter den Arkaden der Feuerhalle der Stadt Wien zu widmen.

Der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für 1930.

In der Besprechung des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1930 in der ersten Ausgabe der heutigen "Rathauskorrespondenz" ist als laufende Gebühr der Hauspersonalabgabe infolge eines Schreibfehlers irrtümlich der Betrag von 1,148.749 Schilling statt richtig 1,848.749 Schilling angegeben. Wir bitten um Richtigstellung.

Aviso für die Zeitungen:

Beide Nachrichten sind den Morgenblättern bereits im kurzen Wege übermittelt worden.

...